

#05/08/09/13

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Strenge Auflagen – Neuer Medienerlass regelt Drehanfragen von Fernsehproduktionen

DIGITALFUNK > INTENSIVE TESTPHASE /// BLITZ-MARATHON > EFFEKT ERREICHT



Anfragen von Filmteams werden professionell bearbeitet

Redaktion STREIFE

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5 | 40213 Düsseldorf
Tel: 0211 871 - 23 66
Mail: streife@mik.nrw.de

Liebe Leserinnen und Leser,

das Geschäft mit Fernsehkrimis und vor allem mit neuen, auf den ersten Blick dokumentarischen Formaten zu Polizeieinsätzen nimmt zu – vor allem bei den privaten Fernsehsendern. In diesem Zusammenhang ist die Polizei NRW offensichtlich ein sehr attraktiver Partner für alle Film- und Fernsehproduktionsgesellschaften. Bis Mitte dieses Jahres sind schon deutlich mehr als 100 Anfragen solcher Firmen eingegangen. Sie wollen von Polizeiprofis beraten werden oder sie im täglichen Dienst begleiten. Sie wollen sich Uniformen, Fahrzeuge oder anderes Polizei-Equipment ausleihen, Polizeiwachen als Drehorte anmieten oder Polizeibeamtinnen und -beamte als Schauspieler bzw. Komparsen anwerben.

Weil sich die Fernsehformate und die Art der Anfragen geändert haben, ist der »Medienerlass« (Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 15.11.2011, Az. 401 - 58.02.05 zur Zusammenarbeit zwischen Medien und der Polizei in Nordrhein-Westfalen), der die Bearbeitung solcher Anfragen regelt, 2011 in vielen Punkten überarbeitet und an die aktuellen Bedingungen angepasst worden. Die Polizei hat dazugelernt. So gilt zum Beispiel: Kein Dreh mehr ohne Vertrag, der die Nutzungsbedingungen des gedrehten Materials genau regelt. Und keine Unterstützung durch Komparsen und Requisiten. Während die Zuschauer beispielsweise bei einem rein fiktionalen Format wie dem »Tatort« wissen, dass dies keine Dokumentation polizeilicher Arbeit ist, so ist für sie bei »scripted reality«-Formaten oder Doku-Soaps nur schwer auseinanderzuhalten: Wer ist ein echter Schauspieler und wer nicht – gerade bei Darstellern in Polizeiuniform.

Die Kriterien zur Beurteilung von Kooperationsanfragen für Film und Fernsehen sind also strenger geworden und das Verfahren wurde vereinheitlicht. Das heißt aber nicht, dass die Polizei gar nicht mehr mit diesen Firmen kooperiert. Um das zu belegen, muss man nur einmal auf das vergangene Jahr zurückschauen: 2012 wurden knapp 200 dieser Anfragen bearbeitet. Ungefähr 40 Prozent davon wurden anschließend genehmigt und umgesetzt.

Die Redaktion Streife

02 __ Editorial
47 __ Impressum

TITEL

04 __ **Polizeieinsatz als Stoff zur Unterhaltung** Die Zusammenarbeit der Polizei mit Film und Fernsehen

EINSATZ

10 __ **Spürnasen im Königspalast** Deutsche Sprengstoffspürhunde beim Thronwechsel in NL
12 __ **Einführung des Digitalfunks liegt im Plan** Ein Großteil der Fläche in NRW wird erreicht
16 __ **Tag des Peacekeepers** Einsatz für den Frieden
18 __ **Freie Fahrt für** **Polizeibeamtinnen und -beamte** in Zügen der Deutschen Bahn

KRIMINALITÄT

19 __ **Initiative »Kurve kriegen« in Aachen** Polizei, Jugendämter und pädagogische Fachkräfte auf neuen Wegen

VERKEHR

22 __ **Vierter 24-Stunden-Blitz-Marathon in NRW** Ein Gesamtkonzept, das wirkt
26 __ **Geisterfahrer auf der A 1:** **gefährlicher Einsatz** Rahmenplan erleichtert koordiniertes Vorgehen
29 __ **Jünters neues Fahrrad** Fußball-maskottchen wirbt für das Tragen von Fahrradhelmen

PERSONALIEN

30 __ **In neuer Funktion**

PRISMA

31 __ **Sporterlass reformiert**
32 __ **Sport im Dauerregen** Landes-sporttag der Polizei NRW in Wuppertal
34 __ **Durchwachsene Bilanz** Ergebnisse aktueller Polizeisportturniere
38 __ **Ein sehr gelungener »Tag mit uns«** Das Familienfest der NRW-Polizei
42 __ **Angaben zu Bankverbindungen ändern sich** SEPA – der Euro-Zahlungsverkehr wird vereinheitlicht
44 __ **Mehr als ein Präventionsprojekt** Projekt »180° Wende« gewinnt Bundeswettbewerb
45 __ **Polzeiorchester trifft Klezmer** Ein außergewöhnlicher Konzernachmittag in Düsseldorf

PREISRÄTSEL

46 __ **Tanz küsst Fantasie** Die Modern Dance Company »Momix«



04 STRENGE AUFLAGEN – NEUER MEDIENERLASS REGELT DREHANFRAGEN VON FERNSEHSENDERN



12 DIGITALFUNK INTENSIVE TESTPHASE



22 BLITZ-MARATHON EFFEKT ERREICHT



POLIZEIEINSATZ ALS STOFF ZUR UNTERHALTUNG
DER »MEDIENERLASS NRW« REGELT DIE
ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN POLIZEI UND FILM-
UND FERNSEHPRODUKTIONSGESELLSCHAFTEN

Krimis machen Quote. Von wegen »crime does not pay«: Natürlich zahlt es sich aus! Im Fernsehen garantiert das Verbrechen gute Einschaltquoten. Bei den privaten Sendern spülen sie zudem hohe Werbeeinnahmen in die Kasse. Die Bandbreite der Polizei-Formate ist entsprechend groß. Sie reicht vom »Tatort«, dem Schlachtschiff der deutschen Serienunterhaltung, über Klassiker wie »Polizeiruf 110« bis zu Serienkrimis wie »Ein starkes Team«, »Bella Block« oder »Wilsberg«.

Vor allem die alltägliche Arbeit der Polizei, wie sie in den verschiedensten Formaten des Reality-TV gezeigt wird, erfüllt spekulative Erwartungen und bedient die Sensationslust des Zuschauers, etwa wenn die Polizei Verdächtige überprüft oder bei Verkehrsdelikten zur Rede stellt. Das Publikum kann vom heimischen Fernsehsessel aus bequem verfolgen, ob Betroffene glaubwürdig Einsicht zeigen, unbelehrbar bleiben oder gar ausfällig werden. Die Zuschauer erfreuen sich an dieser Art der Konfrontation.

OFT VERFÄLSCHENDE EINBLICKE IN DIE POLIZEIARBEIT

Das Interesse der Medien an der Arbeit der Polizei ist immens. Vor allem das Privatfernsehen macht sich das voyeuristische Interesse der Zuschauer zunutze. Die Zahl der Sendereihen, Spielfilme und Formate, in denen es um Straftaten wie Mord und Totschlag, aber auch um Ordnungswidrigkeiten und Verkehrsverstöße geht, ist kaum überschaubar. Zusammengenommen wären sie sicherlich mehr als programmfüllend.

Auf allen Kanälen, egal ob öffentlich-rechtlich oder privat, bewegen sich Schauspieler als Polizistinnen und Polizisten und erlauben einen mehr oder weniger realistischen Einblick in den Arbeitsalltag der echten Beamtinnen und Beamten. Ganz nebenbei wird von diesen Schauspielern das Image der Polizei als staatliche Behörde mit geformt – und dabei mitunter arg verfälscht. Zumal der Trend dahin geht, die Rolle der Polizisten zu übersteigern und nahezu psychopathische Züge annehmen zu lassen. Das kann man beispielsweise in den aktuellen »Tatort«-Folgen aus Dortmund und Hamburg sehen. Rechtswidriges Handeln oder extremes persönliches Verhalten sind offensichtlich Programm, denn sie verleihen der ermittelnden Kommissarin bzw. dem Kommissar einen interessanten biographischen Hintergrund und verschaffen den Polizeiserien Einmaligkeit, steigende Einschaltquoten und stehen somit auch für höhere Werbeeinnahmen.

IMMER MEHR ANFRAGEN NACH DREHGENEHMIGUNGEN

Die Zahl der Anfragen aus den öffentlich-rechtlichen Sendern und von privaten Produktionsfirmen ist in den vergangenen Jahren sprunghaft angestiegen. Waren es beispielsweise im Jahre 2011 etwa 100 Anfragen, die in den Polizeibehörden bearbeitet werden mussten, so hatte sich die Zahl bereits im Jahr 2012 verdoppelt.

Knapp 40 Prozent dieser Anfragen wurden anschließend genehmigt und umgesetzt. »Für dieses Jahr rechnen wir noch einmal mit einer deutlichen Zunahme«, erklärt Thorsten Hahne aus dem Dezernat 52.4, der »Landeszentralen Öffentlichkeitsarbeit« beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP). Bis Mitte dieses Jahres sind schon deutlich über 100 Anfragen eingegangen. Konkret geht es den Film- und Fernsehproduktionsgesellschaften hauptsächlich um das Begleiten im täglichen Dienst und die Beratung durch Polizeiprofis. Vereinzelt wollen sie Uniformen Fahrzeuge oder anderes Polizei-Equipment leihen, Wachen anmieten oder Polizeibeamtinnen und -beamte als Schauspieler bzw. Komparsen anwerben, was allerdings grundsätzlich nicht möglich ist.

MEDIENERLASS REGELT POLIZEI-BETEILIGUNG

Um eine professionellere Vorgehensweise der Polizei NRW bei den Unterstützungsersuchen zu gewährleisten, wurde 2011 im so genannten »Medienerlass« (Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 15.11.2011, Az. 401 - 58.02.05 zur Zusammenarbeit zwischen Medien und der Polizei in Nordrhein-Westfalen) das Verfahren für eine Beteiligung und Mitwirkung bzw. für eine Absage der nordrhein-westfälischen Polizei an Medienproduktionen neu festgelegt und standardisiert. Der Erlass soll einen nachvollziehbaren und transparenten Entscheidungsweg garantieren und Klarheit für die Polizeibehörden im Land bringen, die sich immer häufiger mit der Bitte um Mithilfe und Kooperation konfrontiert sehen. Der Medienerlass wurde 2011 in vielen Punkten überarbeitet und an die Bedingungen heutiger Medienanfragen angepasst. Neben der verfahrenstechnischen Regelung wurden auch die Zuständigkeiten neu geregelt. Der Medienerlass schreibt vor, dass alle Medienanfragen, die nicht der Pressearbeit zuzuordnen sind, ausschließlich beim LAFP durch die Landeszentrale Öffentlichkeitsarbeit in Selm-Bork geprüft werden. Entscheidungen über die Beteiligung und Mitwirkung werden dann vom Referat Referat 402, in der Polizeifachabteilung des NRW-Ministeriums für Inneres und Kommunales, ausgesprochen.

Alle Anfragen aus den Polizeibehörden gehen daher zuerst bei Thorsten Hahne in Selm über den Tisch. Er prüft und berät im Auftrag des Innenministeriums, ob und inwieweit eine Beteiligung der nordrhein-westfälischen Polizei an einer Medienproduktion – jeweils nur in einem klar definierten Einzelfall – überhaupt möglich ist.

SO LÄUFT DAS GENEHMIGUNGSVERFAHREN AB

Zunächst muss vor Ort in den Polizeibehörden geklärt werden, ob presserechtliche Belange betroffen sind oder es um Fragen der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei geht. »Dabei muss zwischen zwei verschiedenen Arten von Anfragen unterschieden werden: Solche, die aufgrund der Informationspflicht nach dem Landespressegesetz >





Fotos (2): Carsten Pokar

Wenn die Anfrage einer Film- oder Fernsehproduktionsgesellschaft positiv beschieden wurde, steht einer kollegialen Zusammenarbeit am Set nichts mehr im Weg.

den Polizeibehörden zu erteilen sind und solche, die das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit berühren, also von der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei bearbeitet werden«, erklärt Hahne. Sollte es sich um eine reine Presseanfrage handeln, arbeitet die Polizeibehörde diese Anfrage eigenständig ab.

Im Einzelfall ist die Unterscheidung zwischen den beiden Arten von Anfragen nicht immer ganz einfach, denn inzwischen haben sich beim Fernsehen sehr unterschiedliche Sendeformen und Formate entwickelt, die nicht immer leicht zu erkennen und zu bewerten sind. »Bei Sendeformaten oder Magazinbeiträgen, die ganz eindeutig Dokumentations- oder Reportagecharakter haben, tun wir uns sehr viel leichter als mit allen Formaten, die Mischformen darstellen und letztlich mit den realistischen Szenen nur voyeuristische Interessen bedienen wollen«, erklärt Hahne.

Soweit die Anfrage an die Öffentlichkeitsarbeit gerichtet ist, klärt die Polizeibehörde auf Basis des neuen Medienerlasses Inhalt, Art und Umfang der nachgefragten Beteiligung ab. Kommt eine Beteiligung grundsätzlich entsprechend der in der Prüfliste des Medienerlasses genannten Kriterien in Betracht, berichtet sie dem LAFP mit einem Votum, ob die Polizei das Ersuchen unterstützen sollte und die angefragte Behörde dazu in der Lage ist, die Unterstützung zu leisten. Liegen besondere Gründe für eine Unterstützung durch die jeweilige Polizeibehörde vor, sind diese Gründe darzustellen. Das LAFP prüft dann, ob und durch welche Behörde eine Unterstützung erfolgen sollte und führt die notwendigen Abstimmungen durch. Es berichtet schließlich dem Ministerium für Inneres und Kommunales in Form eines Votums. Die Entscheidung über die Beteiligung an Medienproduktionen trifft dann das Ministerium für Inneres und Kommunales.

KEIN DREH OHNE VERTRAG

Im Fall einer positiven Entscheidung schließt die durchführende Polizeibehörde mit den verantwortlichen Produzenten in jedem Fall Verträge. »Solche Verträge sind wichtig, weil wir beispielsweise ausschließen wollen, dass das Material später in ganz anderen Zusammenhängen und in anderen Sendeformaten wieder auftaucht und noch einmal verwendet wird«, sagt Hahne. »Leider haben wir in der Vergangenheit solche Fälle schon wiederholt erlebt.«

Hahne erinnert sich zudem an Fälle, wo Fernsighteam bei einer Verkehrskontrolle gefilmt haben oder eine Streife begleitet haben, um dokumentarisches Material zu sammeln. »Zum Zeitpunkt des Drehs stand mitunter noch gar nicht fest, in welchen Formaten diese Szenen auftauchen würden.« >

»ZUM ZEITUNKT DES DREHS
STAND MITUNTER NOCH GAR NICHT FEST,
IN WELCHEN FORMATEN
DIESE SZENEN AUFTAUCHEN WÜRDEN.«

Thorsten Hahne



Regisseur und Kameramann setzen die Vorgaben des Drehbuchs am Set um.

Die Ausschnitte wurden anschließend an Produktionsfirmen verkauft, die daraus spannende Fernsehunterhaltung zu machen versuchten. »So etwas müssen wir für die Zukunft rigoros ausschließen«, bestätigt Hahne und denkt dabei an Serien, in denen Spielszenen mit dokumentarischem Material so geschickt kombiniert worden sind, dass der Zuschauer keine Möglichkeit mehr hat, zwischen Spiel und Wirklichkeit zu unterscheiden.

PROBLEME BEI DOKU-SOAPS

Ein besonderes Problem stellen alle dramaturgischen Mischformen dar. Sie werden vor allem von den privaten Fernsehsendern gerne genutzt. »Die Produktionsfirmen haben inzwischen die gewachsene Zurückhaltung der Polizei in NRW mitbekommen«, berichtet Thorsten Hahne, »sie versuchen deshalb über Umwege, an ihr Material zu kommen. Da müssen wir dann besonders gut aufpassen.« Bei Anfragen nehmen es die Antragsteller mit der Wahrheit auch nicht so genau, um sich damit einen größeren Spielraum herauszuhandeln. »Oder sie gehen gleich in andere Bundesländer, wo die Zusammenarbeit und Mitwirkung der Polizei an solchen scheinbar dokumentarischen Sendungen nicht so klar geregelt ist wie bei uns.«

Fest steht: Mischformen garantieren den Sendern mit ihren spektakulären Aufnahmen die größte Aufmerksamkeit. Sie bedienen ganz direkt die Sensationslust des Zuschauers. Darunter fallen Formate wie die »Doku-Soaps« oder »scripted reality«, bei der tatsächliche Vorfälle – mitunter von Laien – derart realistisch nachgespielt werden, dass sie beim Zuschauer den Eindruck von Wirklichkeit erwecken oder das »Reality-TV«, das mit Originalmaterial, Spielszenen und mit verwackelten Bildern den Eindruck von Wirklichkeit erzeugt, bei der ein Kamerateam dabei gewesen zu sein scheint oder »Doku-Fake«-Sendungen, die durch rein fiktive Szenen einen realistischen Eindruck zu erzeugen versuchen. Für die Zuschauer sind diese Unterscheidungen kaum mehr nachzuvollziehen. Sie werden daher manches für bare Münze nehmen und sich damit ihr eigenes – oft schiefes – Bild von der Polizei machen.

STRENGERE KRITERIEN ZUR BEURTEILUNG

Ausgesprochen kritisch werden inzwischen daher alle Serien und Formate wie »Schneller als die Polizei erlaubt« auf VOX und »Achtung Kontrolle!« von Kabel eins gesehen. Denn dort werden dokumentarische Aufnahmen mit Spielszenen kombiniert. Auch ein überaus erfolgreiches SAT1-Dokumentations-Format wie »24 Stunden Toto & Harry – Die Zwei vom Polizeirevier« dürfte es nach heutigen Maßstäben nicht mehr geben. »Wir haben in den vergangenen Jahren eine Menge dazugelernt und unsere Beurteilungskriterien sind schärfer und sicherlich auch strenger geworden«, bestätigt Thorsten Hahne. Dazu gehört auch, dass Einsatzbegleitungen stärker unter rechtlichen Gesichtspunkten durchleuchtet werden.

»Auch wenn wir es aus Gründen der Präventionsarbeit begrüßen, wenn in einem Magazinbeitrag ein Kamerateam beispielsweise Geschwindigkeitskontrollen beim »Blitzmarathon« beobachtet oder einen Einsatz begleitet, haben wir es ja im Einzelfall mit Fragen des Datenschutzes und im Fall einer Einsatzbegleitung ganz schnell mit dem Thema »Hausfriedensbruch des Kamerateams« zu tun«, sagt Hahne. Er weist darauf hin, dass die rechtlichen Zusammenhänge ebenfalls bei einer Genehmigung zu würdigen sind und gegebenenfalls eine Beratung der Polizeibehörde erfolgt. Denn wie es in einer Stellungnahme von Professor Udo Branahl vom Institut für Journalistik heißt, ist alleine die durchführende Behörde dafür verantwortlich und nicht die Medienvertreter. Branahl schreibt: »Wenn Polizei Medienvertretern den Zugang zu bestimmten Informationen eröffnet oder ihnen hilft, bestimmte Wahrnehmungen zu machen, oder ihnen die Möglichkeit verschafft, in geschützte Persönlichkeitsbereiche einzudringen, ist die Polizei dafür verantwortlich, dass dabei keine Rechte verletzt werden.«

KEINE UNTERSTÜTZUNG DURCH KOMPAREN UND REQUISITEN

Ob die privaten Sender in Zukunft weniger spekulative Beiträge und Formate über die Arbeit der Polizei senden werden, das wagt Thorsten Hahne zu bezweifeln. Die Verlockungen, mit der voyeuristischen Lust der Zuschauer zu spielen, sind groß. »Und bei den Firmen liegt offenbar immer noch so viel Material auf Halde, dass es in immer neuen Formaten eingesetzt und anders geschnitten verwendet werden kann.«

Übrigens ist der Umgang mit rein fiktionalen Sendungen, also den klassischen Krimis wie »Tatort« und »Polizeiruf 110«, ganz einfach geregelt. »Eine Zusammenarbeit findet grundsätzlich nicht statt, auch wenn das dem Zuschauer mitunter im Nachspann der Serien suggeriert wird«, weiß Hahne. So werden die Polizistinnen und Polizisten, die im Hintergrund operieren, allesamt von professionellen Schauspielern oder Komparsen gemimt und sämtliche Requisiten – angefangen von den Polizeiuniformen über Ausrüstungsgegenstände bis hin zu den Polizeifahrzeugen – stammen von privaten Kostümverleihern und Firmen, die Requisiten bereitstellen.

»Früher hat es da auch mal eine Hilfestellung auf dem »kleinen Dienstweg« gegeben«, räumt Hahne ein, »aber seitdem sich Unternehmen darüber beklagt haben, dass wir ihnen dadurch das klassische Vermiet- und Verleihgeschäft kaputtmachen, gibt es so etwas nicht mehr.« Die Nutzung von Büros und Räumlichkeiten ist ebenfalls ausgeschlossen. »In der Regel finden diese Dreharbeiten in den Fernsehstudios statt, wo für die Innenaufnahmen Büros, Labore und Verhörräume nachgebaut worden sind.« ///

Redaktion Streife





»DIE PRODUKTIONSFIRMEN
HABEN INZWISCHEN
DIE GEWACHSENE ZURÜCKHALTUNG
DER POLIZEI
IN NRW MITBEKOMMEN.«

Thorsten Hahne



Im Einsatz in Amsterdam: Spürhunde und ihre Diensthundeführer aus NRW.

Spürnasen im Königspalast Deutsche Sprengstoffspürhunde beim Thronwechsel in den Niederlanden

Ein Staatsbesuch, eine UN-Konferenz oder die Durchsuchung eines Rockerclubs: All diese Anlässe gehören zum Alltag der Diensthundführer mit ihren Sprengstoffspürhunden in Nordrhein-Westfalen. Die Örtlichkeiten für eine scheidende Königin und den neuen König zu sichern, war dagegen eine Ausnahme vom Alltag und ein ganz besonderes Erlebnis.

Zum Thronwechsel Ende April wurde der königliche Palast in Amsterdam prunkvoll hergerichtet. Hier hat die bisherige Königin Beatrix ihre Abdankungsurkunde unterschrieben, die königliche Familie an diesem bewegten Tag ihr Mittagessen eingenommen. Noch vor der königlichen Familie haben an diesem Tag

zwei Hundeführer aus Köln die Räume im königlichen Palast zu sehen bekommen. Sie waren dort mit Spürhunden auf der Suche nach Sprengstoff. Das Land Nordrhein-Westfalen verfügt über 40 Sprengstoffspürhunde. Sie werden bei entsprechenden Kräfteanforderungen unter Berücksichtigung der aktuellen Einsatzlage in Nordrhein-Westfalen auch in anderen

Ländern und im Einzelfall im Ausland eingesetzt. Insgesamt 14 Diensthundführer aus zahlreichen Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen und der Leiter der Duisburger Diensthundstaffel, Hans-Georg Koppers, waren im April vier Tage lang in den Niederlanden im Einsatz, um sicher zu gehen, dass an diesen feierlichen Tagen niemand durch Sprengstoff gefährdet wird.



Tag und Nacht im Einsatz

Insgesamt elf Objekte standen auf der Liste der deutschen Beamten, die es im Vorfeld der großen Feier zu überprüfen galt. Dazu gehörten neben dem königlichen Palast auch das Rijksmuseum, in dem am Vorabend der Krönung ein Gala-Dinner stattfand, und auch das moderne

Konzerthaus »Muziekgebouw aan 't IJ«, in dem am Abend des Thronwechsels das Fest der niederländischen Regierung stattfand. Aus dem eigenen Land waren 22 Sprengstoffspürhunde im Einsatz, aus Belgien unterstützte ein Zweier-Team. Zuerst suchten speziell geschulte niederländische Polizeibeamte mit Hilfe von Spiegeln die Räume nach Sprengstoff ab. »Wenn diese Beamten fertig waren, kamen wir zum Einsatz«, berichtet Dirk Hücker, einer der Diensthundeführer, der mit seinem belgischen Schäferhund Buddy in Amsterdam war.

Zentimeter für Zentimeter gehen die deutschen Beamten dann mit den Hunden Raum für Raum ab. Die systematische Vorgehensweise ist wichtig, damit sie problemlos abgelöst werden können. Gearbeitet wird in Zweier-Teams, die sich nach rund 20 bis 30 Minuten abwechseln. »Es ist wichtig, dass die Hunde Zeit zum Regenerieren haben«, erklärt Hans-Georg Koppers. Ob ein Hund noch fit ist, testen die Hundeführer immer wieder, indem sie kleine Mengen Sprengstoff verstecken. Schließlich sollen die Spürnasen auch Erfolgserlebnisse haben. Die Teams arbeiteten auch bei ihrem Einsatz in Amsterdam in 12-Stunden-Schichten Tag und Nacht. »Zum Ende der Schicht hin brauchten die Hunde immer mehr Zeit, um wieder einsatzfähig zu sein«, erinnert sich Dirk Hücker. »Man merkte, dass die Hunde noch arbeiten wollten, aber zum Teil konnten sie einfach nicht mehr.«

Positive Resonanz

Die nordrhein-westfälischen Polizeibeamten kamen alle aus grenznahen Behörden, um die Anreise nicht noch unnötig zu verlängern. Von der Organisation vor Ort waren sie begeistert. »Am ersten Abend gab es ein gemeinsames Essen zum Kennenlernen«, erinnert sich Bud-dys Hundeführer. »Die niederländischen Kollegen waren sehr nett und die meisten sprachen auch noch sehr gutes Deutsch, so dass es zu keinen Sprachproblemen kam.« Und wenn es doch einmal bei der Verständigung schwierig wurde, sprang Hans-Georg Koppers ein, der fließend niederländisch spricht. Am nächsten Morgen begann die Arbeit. Die deutschen

Teams wurden jeweils von einheimischen Kollegen abgeholt und zu ihren Einsatzorten begleitet. »Das war sehr hilfreich, denn im Vorfeld des Thronwechsels gab es zahlreiche Sperrungen und der Verkehr war einfach nur chaotisch«, erinnert sich Hans-Georg Koppers, der den Einsatz vor Ort koordinierte.



Die Straßen und Kanäle Amsterdams gliehen schon in den Tagen vor der Krönung einem Meer aus Orange – Partystimmung lag in der Luft. Da stachen die deutschen Beamten in ihren Uniformen hervor. »Die Leute haben sehr positiv auf uns reagiert«, sagt Dirk Hücker. »Sie fanden es gut, dass wir zu ihrer Sicherheit dort waren.« Es war nicht der erste Einsatz der Sprengstoffspürhunde in den Niederlanden. »Wir waren schon bei der Beerdigung von Prinz Bernhard und der Hochzeit des jetzigen Königs Willem-Alexander mit Máxima«, sagt der Leiter der Duisburger Diensthundstaffel. Und es wird wohl nicht der letzte Einsatz bleiben. /// **Katerina Breuer**

Einführung des Digitalfunks liegt im Plan

Ein Großteil der Fläche in Nordrhein-Westfalen wird inzwischen schon erreicht



Fotos (2): Ralph Lueger

»Hallo! Hallo Funknetz! Hört mich einer?!« Aus allen Digitalfunkgeräten im Raum tönt in diesem Moment die gleiche Frage. Die Geräte sind erst vor wenigen Momenten eingeschaltet worden. Einige der Seminarteilnehmer zucken ein wenig zusammen, denn sie haben die Lautstärke an dem Gerät unvorsichtigerweise bis zum Anschlag aufgedreht. Rückkopplungen lassen daraufhin einen schrillen Ton durch den Schulungsraum schallen. Die Lehrenden Walter Schläger, Markus Jüntgen und Olaf Rischer möchten sich am liebsten die Ohren zuhalten.

Die zwölf Teilnehmenden des Multiplikatorenseminars im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) NRW im Bildungszentrum »Carl Severing« in Münster sind gerade das erste Mal mit ihren nagelneuen Handheld Radio Terminal (HRT) ins Netz gegangen, dem Handsprechfunkgerät für den neuen Digitalfunk. Nach einer

detaillierten Einführung anhand einer Bildschirmpräsentation ist Walter Schläger damit zum praktischen Teil übergegangen.

Die Funktionen der neuen Geräte werden neugierig erkundet

Er verzieht in diesen ersten Minuten der Versuchsphase keine Miene, obwohl es zwischendurch richtig laut wird. Offensichtlich ist diese Phase im Umgang mit den neuen Geräten in jedem dieser Seminare ganz ähnlich chaotisch. »trail and error« – so lautet die Devise der Teilnehmenden. Und da damit im Übungszusammenhang des Seminars kein Unheil angerichtet werden kann, lässt Walter Schläger es zu. Sogar als einer der Teilnehmer versuchsweise den Funkkreis verlässt und die Kollegen gewissermaßen »am anderen Ende der Strippe« im regulären Streifendienst in Dortmund anspricht. Von dort meldet sich tatsächlich jemand, der gerade im Einsatz ist und im Stadtgebiet von Dortmund eine Verkehrskontrolle durchführt. Die Überraschung ist auf beiden Seiten groß. Schnell wird das Gespräch wieder mit dem Hinweis beendet, dass man sich gerade im Testbetrieb befinde und die Verbindung erwartungsgemäß ausgezeichnet sei.

Nach wenigen Minuten, in denen die Teilnehmenden die Tasten und Regler ihres HRT ausprobieren, verstellen und durch die Menüs blättern, hat Walter Schläger wieder die volle Aufmerksamkeit der Kursteilnehmer und kann mit seinem Programm fortfahren.

Schrittweise erklärt er die Tasten an dem Gerät und zeigt anhand der Menüs, welche Möglichkeiten in dem kleinen Gerät stecken. »Vielleicht habt ihr ein ähnliches Menü schon einmal bei euren Handys gesehen«, erklärt er. »Der Hersteller nutzt eine marktgängige Technologie.« Schläger folgt routiniert dem vielfach erfolgreich praktizierten Vorgehen. Fragen? Natürlich gibt es Fragen!

Ausbilder stellen sich kritischen Fragen und Vorurteilen

Die Teilnehmenden löffeln die Trainer mit ihren spontanen Überlegungen. Sie äußern Skepsis, üben Kritik, stellen das Projekt »Digitalfunk« sogar in Frage. Was soll der ganze Probebetrieb und anschließend der sogenannte »technische Wirkbetrieb in der Aufbauphase«, wenn ein Termin für den operativen Wirkbetrieb noch längst nicht feststeht? Doch Olaf Rischer, Markus Jüntgen und Walter Schläger sind darauf vorbereitet. Sachlich parieren sie alle kritischen Äußerungen und helfen so Schritt für Schritt zur fachgerechten Handhabung der neuen Geräte. Und diese zeichnet sich schon nach knapp einer Stunde deutlich ab.

»Ups, da steckt doch sehr viel mehr dahinter, als ich mir vorher nach all den internen Unkenrufen und dem internen Flurfunk bei uns im Präsidium vorgestellt habe«, äußert einer der Teilnehmer beeindruckt. »Die Sprachqualität ist in der Tat mit keiner unserer alten Geräte zu vergleichen«, staunt ein anderer halblaut. Ein zustimmendes Nicken geht durch den Raum. Der neue Digitalfunk hat bei den künftigen Nutzern offenbar schon seinen ersten Praxistest bestanden. Die Teilnehmer sind ganz offensichtlich von ihrem neuen HRT überzeugt.

Multiplikatoren tragen ihr Wissen an die Basis

Die zwölf Kursteilnehmer, die sich im Bildungszentrum in Münster zum zweiten Tag eines dreitägigen Seminars zusammengefunden haben, gehören zu den insgesamt 250 Multiplikatorinnen und

Multiplikatoren, die landesweit in standardisierten Trainings und Workshops auf die Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) bei der Polizei in NRW vorbereitet werden. Das Roll-out des Digitalfunks folgt einem detailliert ausgearbeiteten Plan, die Schulung einem minutiös aufgestellten Curriculum. Jede denkbare Fragestellung ist vorab von den Trainern beim LAFP durchgearbeitet worden. In einem ausführlichen Handout sind die Details niedergelegt, so dass jeder Teilnehmende nachschlagen kann, wenn neue Fragen aufkommen.

Die Einführung über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gehört zum vorher ausgearbeiteten Plan. »Bei der Vorbereitung der Einführung wurde uns schnell klar, dass wir nicht jeden der künftigen knapp 40.000 möglichen Nutzerinnen und Nutzer hier bei uns im Haus würden trainieren können«, erläutert Reinhard Baumeister, der beim LAFP in Münster für die Organisation der Digitalfunktrainings zuständig ist. »Wir haben uns entschieden, dies über eine Kommunikationskaskade mit Hilfe von Multiplikatoren umzusetzen, die dann in ihren örtlichen Behörden die Kolleginnen und Kollegen mit den Möglichkeiten des Digitalfunks vertraut machen.«

Jede Polizeibehörde ist mit mindestens drei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Trainingsprogramm vorgesehen. Für die großen Behörden, wie das Polizeipräsidium Köln, ist für jeweils 300 Kolleginnen und Kollegen zusätzlich noch einmal ein Multiplikator vorgesehen. »Es muss für diese ja auch möglich sein, dass sie schnell alle ihre Kolleginnen und Kollegen in die Lage versetzen, mit den neuen Geräten umzugehen.«

Anfang 2014 ist der Digitalfunk in NRW flächendeckend verfügbar

Die Einführung bei der Polizei in NRW ist mit der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit >



»Hallo! Hallo
Funknetz!
Hört mich einer?!«



Beim LAFP werden Beamte als Multiplikatoren zum neuen Digitalfunk ausgebildet. Sie tragen ihre Kenntnisse in jedes Polizeipräsidium und jede Kreispolizeibehörde weiter.

»Die Sprachqualität ist in der Tat mit keiner unserer alten Geräte zu vergleichen«

Schwachstellen behoben sind, wird er alle Behörden mit Sicherheitsaufgaben unter einem Kommunikationsnetz zusammenfassen. Das bringt im Einzelfall, vor allem bei Großlagen, immense Vorteile gegenüber der alten Technik.

Sicherheitsaufgaben abgestimmt und synchronisiert. Danach verläuft alles nach Plan.

Die Seminare finden seit Anfang 2012 statt, sodass im Juni 2013 nach den Berechnungen des LAFP bereits 82 Prozent der Fläche und damit rund 80 Prozent der Nutzer mit der neuen Technik versorgt sind. Reinhard Baumeister ist zuversichtlich: »Ich gehe davon aus, dass Anfang des kommenden Jahres die letzten Behörden ans Netz gehen können.«

Nach Auskunft der Bundesanstalt wird das BOS-Digitalfunknetz in immer mehr Städten und Regionen im täglichen Betrieb genutzt, z. B. von Feuerwehren, Polizeien und Rettungsdiensten. Denn das ist neben all den Vorteilen und Vorzügen das Besondere am neuen Digitalfunk: Wenn alle Unstimmigkeiten und

Bundesweite Entwicklung

Im Mai 2013 waren laut Bundesanstalt über 328.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im BOS-Digitalfunknetz angemeldet. Insgesamt sollen künftig etwa 500.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im BOS-Digitalfunknetz funken können. Zu den Regionen, in denen der Digitalfunk bereits eingesetzt wird, gehören beispielsweise Berlin, Bremen, Hamburg und München, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg sowie weite Teile von Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und nicht zuletzt Nordrhein-Westfalen.

Das BOS-Digitalfunknetz wird sukzessive aufgebaut. Bereits fertiggestellte Bereiche werden nach und nach in Betrieb genommen, während an anderer Stelle parallel der Netzaufbau noch fortgesetzt wird. Von den geplanten rund 4.500 Basisstationen an rund 4.300 Standorten waren Anfang Juni 2013 bereits 3.821 aufgebaut und davon 3.210 Basisstationen in das Netz integriert. Die Inbetriebnahme des Netzes erfolgt zeitlich gestaffelt in 45 geografischen Netzabschnitten und soll im Wesentlichen bis Ende 2014 abgeschlossen sein. Bis dahin läuft der Probebetrieb, bei dem Erfahrungen gesammelt werden und die künftige Abstimmung zwischen den verschiedenen Behörden, auch über die Ländergrenzen, möglich sein soll. Noch ist aber der Schritt über die Ländergrenzen nicht geregelt. Deshalb übernehmen auch bei der Polizei in NRW die klassischen analogen Netze immer noch die Hauptkommunikation. Sie werden selbst im Probe- und



@ Weitere Informationen zum
BOS-Digitalfunk finden Sie im Internet unter:
www.mik.nrw.de



Schläger, Markus Jüntgen und Olaf Rischer sind dabei wichtige Vermittler für die neue Technologie. Sie sind von den Vorteilen des Digitalfunks überzeugt: »Mit dem Wechsel von der analogen in die digitale Welt verbessern sich die Kapazitäten für eine schnelle und einfache Kommunikation erheblich. Der gemeinsame Digitalfunk bietet allen Beteiligten ein zusammenhängendes Funknetz.«

Testbetrieb während der Nutzung des Digitalfunks als Rückfallebene bestehen bleiben. Die Dauer dieses Doppelbetriebes ist in NRW zunächst bis Ende 2015 vorgesehen.

Die bundesweite Kommunikation zwischen allen integrierten Netzabschnitten ist von Anfang an möglich. So können die Einsatzkräfte beispielsweise in den oben genannten Städten und Regionen den Digitalfunk BOS bereits parallel zur herkömmlichen analogen Technik nutzen und hierbei in Gruppen kommunizieren, deren Gruppenrufzone über das Bundesgebiet zum Beispiel von Hamburg bis München reicht.

LZPD verantwortet Roll-out in NRW

Das Roll-out wird technisch durch das Landesamt für Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW in Duisburg kontrolliert und verantwortet. Hierzu wurde beim LZPD NRW das Projekt »Technische Einführung Digitalfunk« mit abteilungsähnlichem Status eingerichtet. Dort laufen auch alle Informationen und Leitungen zusammen und in der Leitstelle für den Digitalfunk, dem sogenannten Control Center Digitalfunk (CCD), werden rund um die Uhr und an sieben Tagen die Woche technische Probleme gelöst, damit allseits ein reibungsloser Betrieb möglich ist.

Seminare und Ausbildung für die Einführung des Digitalfunks werden beim LAFF durchgeführt. Handhabung und Akzeptanz des Digitalfunks hängen letztlich vor allem von den Seminaren und Trainings ab, die hier in Münster aufgelegt werden. Walter

Die wichtigsten Änderungen im Überblick

In ihren Seminaren stellen sie eindrucksvoll die vielen Vorteile heraus, die der Digitalfunk im Einsatz zu bieten hat. Dazu gehen sie vor allem auf Folgendes ein:

- > Der Digitalfunk ist verschlüsselt und abhörsicher.
- > Beim Verlust kann ein Digitalfunkgerät gezielt vom Funkverkehr ausgeschlossen werden.
- > Die Übermittlung hat eine deutlich bessere Sprachqualität.
- > Neben der Sprachübertragung als Einzel- oder Gruppengespräch bestehen zusätzliche Möglichkeiten zur Übertragung von Daten (z. B. SDS, vergleichbar SMS).
- > Digitalfunkgeräte sind kleiner und handlicher und verfügen über eine lange Akkustandzeit.
- > Der Digitalfunk ermöglicht das Absetzen von Notrufen und über GPS die Lokalisierung des eigenen Standortes.

Eines zeichnet sich bereits im Probetrieb deutlich ab: Die für die Gefahrenabwehr in Nordrhein-Westfalen zuständigen Stellen benötigen den Digitalfunk. Er ist nicht nur effizienter als der Analogfunk, sondern auch sicherer, zielgerichteter einsetzbar, besser in der Übertragungsqualität und nicht zuletzt einfacher zu handhaben. Das aufwändigste und umfassende Projekt zur Modernisierung der Polizei in NRW ist noch längst nicht vollendet – aber es ist auf dem besten Weg. ///

Redaktion Streife

Tag des Peacekeepers Einsatz für den Frieden



Fotos (3): Christoph Tappe

(v.l.) Polizeihauptkommissare Tom Litges, Volker Suchomel, Karin Witte, Norbert Wienold; Dieter Wehe (Inspekteur der Polizei NRW), Stefan Feller (Police Adviser der UN), Polizeidirektor Achim Raupach

Etwa 6.500 deutsche Soldaten, Polizisten und Zivilisten sind zurzeit als Peacekeeper im Einsatz. Mitte Juni 2013 wurden neun von ihnen stellvertretend für alle geehrt, unter ihnen Polizeioberkommissarin Karin Grunwald aus Düsseldorf.

Frau Grunwald war bereits im Kosovo für die Vereinten Nationen und für die Europäische Union zweimal im Einsatz. Ob sie denn die Welt besser gemacht hätte, wollte die Moderatorin der Veranstaltung von ihr wissen. Für sie seien die kleinen Schritte und die kleinen Erfolge wichtig, die sie mit ihrer Arbeit erzielt hätte, meinte Karin Grunwald. »Viele Arbeitskolleginnen und -kollegen fragen mich nach meinen Erfahrungen im Ausland. Ich rate ihnen dann meist, sich selbst für eine Auslandsverwendung zu bewerben.«

Bedeutender Einsatz für Sicherheit und Frieden

Ob Polizist, Militär oder Zivilist: Offiziell werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an internationalen Friedensmissionen »Peacekeeper« genannt, auf Deutsch »Friedenshüter«.

Auf Einladung des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) kamen rund 500 Gäste zu der Feierstunde in den festlichen Welsaal des Auswärtigen Amtes. Unter ihnen waren zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer an internationalen Friedenseinsätzen der UN, EU, NATO und OSCE.

Für Nordrhein-Westfalen nahmen – neben dem Inspekteur der Polizei, Dieter Wehe – der Leiter des Dezernates für polizeiliche Auslandsverwendungen, Polizeidirektor Achim Raupach, sowie die Polizeihauptkommissare Norbert Wienold vom Landratsamt Paderborn und Volker Suchomel vom Polizeipräsidium Duisburg an der Feierstunde teil.

Dass eine Vernetzung von zivilen, militärischen und polizeilichen Fachkräften immer wichtiger wird, betonten gemeinsam auch die Festredner. Außenminister Dr. Guido Westerwelle, Verteidigungsminister Dr. Thomas de Mazière und Innenminister



Polizeihauptkommissarin Karin Witte im Gespräch mit Dieter Wehe und Stefan Feller

Dr. Hans-Peter Friedrich richteten ihren Dank nicht nur an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst, sondern vor allem an die Familienangehörigen, die mit ihren Ängsten und Sorgen in Deutschland zurückbleiben. »Jeder von Ihnen leistet einen bedeutenden Einsatz für Sicherheit und Frieden«, betonte der deutsche Außenminister gleich zu Beginn der Veranstaltung. Bundesinnenminister Dr. Friedrich lobte neben den Einsatzkräften der Bundeswehr die zivilen Experten und Polizeikräfte. Es gelänge ihnen, sich mit den Menschen vor Ort zu identifizieren, mit ihnen mitzuleiden und mitzufühlen. Verteidigungsminister de Mazière fand neben Lob aber auch ernste Worte. Zur Einsatzvorbereitung gehöre es auch, dass sich die Einsatzkräfte mit den Gefahren eines Auslandseinsatzes auseinandersetzen: »Welcher junge Mensch macht sich sonst mit Mitte Zwanzig Gedanken über sein Testament?« fragte de Mazière.



Dieter Wehe (Inspekteur der Polizei NRW),
Polizeioberkommissarin Karin Grunwald und
Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich

Kein Job, sondern eine Mission

Mit der Frage: »Warum sind wir Peacekeeper?«, beschäftigte sich der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen im Irak, Martin Kobler. »Peacekeeping ist kein Job, es ist eine Mission.« Der deutsche Diplomat muss es wissen, denn er war bereits in Auslandseinsätzen in Afghanistan und im Irak. Erst kürzlich wurde er durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon zum Sonderbeauftragten der größten UN-Mission in der

Demokratischen Republik Kongo ernannt. Besonders erfreulich war, dass unter den vielen Gästen, Mitgliedern des Bundestages und Ehrengästen auch der neue leitende Polizeiberater der Vereinten Nationen, Stefan Feller aus Nordrhein-Westfalen, weilte. Stefan Feller wurde im April als erster deutscher Polizeibeamter durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen in diesem Amt ernannt.

Musikalisch untermalt wurde die gelungene Veranstaltung durch das Streicherquartett »Sweet Syncopation«. Zu modernen Arrangements von Songs wie »Imagine« von John Lennon oder »No Bravery« von James Blunt zeigte eine Diashow Impressionen aus den verschiedenen Einsatzgebieten.

Für Polizeioberkommissarin Karin Grunwald steht fest: »Eine Auslandsverwendung ist eine Bereicherung, sie bringt viel Erfahrung!« ///

Christoph Tappe, LAFP NRW

»Eine Auslandsverwendung ist eine
Bereicherung, sie bringt viel Erfahrung!«

Karin Grunwald, PP Düsseldorf

Freie Fahrt für Polizeibeamtinnen und -beamte in Zügen der Deutschen Bahn

INFORMATION

Die Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr hat für die Landesregierung Nordrhein-Westfalen eine hohe Priorität. Das Land Nordrhein-Westfalen hat daher bereits im Jahr 1997 eine Vereinbarung mit der Deutschen Bahn AG geschlossen, die eine freie Mitnahme von uniformierten Polizeibeamtinnen und -beamten des Landes Nordrhein-Westfalen in der 2. Klasse in allen Zügen der Deutschen Bahn AG vorsieht. Ziel der im Jahr 2003 erneuerten Vereinbarung ist, das Sicherheitsgefühl der übrigen Fahrgäste sowie die Sicherheit in den Zügen zu verbessern.

Mit der gleichen Zielrichtung sehen auch die »Beförderungsbedingungen für die Verbund- und Gemeinschaftstarife in Nordrhein-Westfalen sowie den NRW-Tarif« (Beförderungsbedingungen Nahverkehr NRW) die freie Mitnahme von uniformierten Polizeibeamtinnen und -beamten in den Verkehrsmitteln der Verkehrsverbünde und -gemeinschaften vor.

Eine Beschwerde war der Grund für einen Erlass im Juli 2013, der nochmals darauf hinweist, unter welchen Voraussetzungen Polizeibeamtinnen und -beamte kostenlos in Zügen der Deutschen Bahn mitfahren dürfen.

Freie Mitnahme von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in Zügen der DB AG, Erlass vom 24.07.2013 - 413 - 60.10.10

Aus gegebenem Anlass bitte ich um Hinweis an alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, dass eine kostenfreie Mitnahme in Zügen der Deutschen Bahn AG (DB AG) im Rahmen der Regelungen des Bezugserlasses das Tragen der vollständigen Uniform während der gesamten Fahrt sowie die Nutzung der 2. Klasse vorsieht.

Eine kostenfreie Mitnahme in der 1. Klasse ist gemäß der Vereinbarung mit der DB AG nicht vorgesehen. Ferner besteht kein Anspruch auf einen Sitzplatz. Sofern ein Sitzplatz genutzt wird, ist dieser ohne Anforderung für zahlende Kunden der DB AG freizumachen.

Wie kam es zu dem erneuten Erlass?

Im Juli erreichte das Innenministerium die Beschwerde einer Frau, die innerhalb kurzer Zeit zum wiederholten Mal auf Polizeibeamtinnen und -beamte in der 1. Klasse aufmerksam geworden war. Nach Schilderung der Frau nutzten die Beamtinnen und Beamten die Züge in bürgerlicher Kleidung und legten bei einer Fahrscheinkontrolle lediglich ihre Dienstausweise vor. Sitzplätze seien für zahlende Kunden, trotz eines erkennbaren Mangels an freien Plätzen, nicht freigemacht worden. Zudem sei in einem Fall die Unterstützung in einer Notsituation mit Hinweis darauf verweigert worden, dass man sich »außer Dienst« befände. /// **Redaktion Streife**



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen



Initiative »Kurve kriegen« in Aachen Polizei, Jugendämter und pädagogische Fachkräfte auf neuen Wegen



Team »Kurve kriegen«, Polizei Aachen: (v.l.) Achim Funken, Franz Schmitz, Ralph Manzke, Andreas Malecha (PFK), Christine Wergen (PFK)

Seit knapp zwei Jahren läuft das Projekt »Kurve kriegen«, in dem mehrfach straffällig gewordene Kinder und Jugendliche intensiv betreut werden, in ausgewählten Kreispolizeibehörden (KPB) in NRW. In der Region Aachen wird der Zuständigkeitsbereich nun nach ersten Erfolgen ausgeweitet. Die Polizei, die beteiligten pädagogischen Fachkräfte und die Jugendämter ziehen eine erste Bilanz.

Im April 2013 wurde die Kooperationsvereinbarung zur Initiative »Kurve kriegen« zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Städteregionsrat (»Landrat« des kommunalen Zweckverbandes StädteRegion Aachen) sowie den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden Herzogenrath, Würselen, Monschau, Roetgen, Simmerath und Baesweiler im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung unterzeichnet. Daran nahmen der Projektleiter der Initiative »Kurve kriegen« sowie weitere Vertreter des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) NRW teil. Damit wurde das Projekt auf den gesamten Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums (PP) Aachen ausgedehnt, nachdem die Städte Aachen, Alsdorf, Eschweiler und Stolberg bereits zwei Jahre zuvor zusammen mit dem PP Aachen den Grundstein zur Umsetzung des Pilotprojektes in der Region gelegt hatten.

Unterstützt wird die Polizei bei der engen Zusammenarbeit mit den Jugendämtern von zwei pädagogischen Fachkräften des Sozialdienstes katholischer Frauen aus Alsdorf.

Innovative Lösungen gefordert

Begonnen hatte die Umsetzung für das Team »Kurve kriegen« Aachen im Frühjahr 2011 mit ersten Informationsgesprächen unter Beteiligung von Vertretern des Ministeriums, des Landeskriminalamts (LKA) und der weiteren Pilotbehörden (KPB Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Hagen, Köln, Rhein-Erft-Kreis und Wesel), gefolgt von Kooperationsgesprächen zur Umsetzung der Initiative auf lokaler Ebene. Inhaltlich galt es, auf Basis der neu konzipierten Initiative »Kurve kriegen«, bis dahin nicht praktizierte kriminalpräventive Ansätze zur Bekämpfung der Jugendkriminalität gemeinsam umzusetzen. Das Neue an der Projektidee: Die Pilotbehörden der Initiative »Kurve kriegen« sollten auf der Grundlage pädagogischer Beratungen durch Fachkräfte selbst zahlreiche vorbeugende Maßnahmen initiieren. Dies war ein völlig neuer Ansatz, der die Projektbeteiligten einerseits erstaunte und andererseits neugierig machte. Sehr schnell wurde klar, dass mit diesen Vorgaben völlig neue Wege beschritten werden

sollten, die in der praktischen Umsetzung nicht immer leicht zu gehen waren und mehrfach nach innovativen Lösungen aller Beteiligten verlangten. Dabei galt es beispielsweise sowohl auf lokaler Ebene als auch im Austausch mit der Projektleitung Vorgaben des Vergaberechts mit den Anforderungen des Sozialdatenschutzes bei der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern wie Jugendämtern oder pädagogischen Fachkräften in Einklang zu bringen.

Anstrengungen haben sich gelohnt

Die Erfahrungen in der Pilotbehörde Aachen haben bislang gezeigt, dass sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch deren Sorgeberechtigte die Präventionsangebote positiv aufnehmen. Im Jahre 2012 beteiligten sich durchschnittlich 20 Teilnehmer mit ihren Sorgeberechtigten an den einzelnen Maßnahmen.

Die Initiative »Kurve kriegen« wird durch die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Ohne den Ergebnissen dieser Studie im Detail vorzugreifen, zeichnen sich in Aachen bereits jetzt positive Tendenzen ab. So begingen nahezu die Hälfte der in die Initiative »Kurve kriegen« aufgenommenen Kinder seitdem keine Straftaten mehr. Bei rund einem weiteren Viertel ist eine teils deutliche Reduzierung der Rückfälle zu verzeichnen.

Aus unserer Sicht haben sich die Anstrengungen gelohnt, auf neuen Wegen nach geeigneten Lösungen zu suchen, um das mehr als überzeugende Ziel zu erreichen, Kinder vor einem Abgleiten in die Kriminalität zu bewahren. ///

Team »Kurve kriegen« Aachen

Das Projekt »Kurve kriegen« aus der Sicht der Pädagogischen Fachkräfte in der Kreispolizeibehörde Aachen

Als im Sommer 2011 bekannt wurde, dass die Polizei in Kooperation mit hiesigen Jugendämtern ein kriminalpräventives Projekt plant, hörte sich dies für uns Mitarbeiter vom Sozialdienst katholischer Frauen Alsdorf sehr interessant an.

Wir sahen darin die Chance, Kindern, die bereits erheblichere Straftaten begangen haben, aber noch nicht strafmündig sind, zielgerichtet helfen zu können. Des Weiteren ermöglichte das Projekt vielfältigere Unterstützungsmöglichkeiten als die standardisierten Hilfen der Jugendämter, welche zusätzlich aufgrund stark reglementierter Haushalte mitunter auch noch massiv eingeschränkt sind.

Nach Abschluss des Auswahlverfahrens konnte dann im Oktober 2011 die neue Aufgabe als Pädagogische Fachkraft in der Landesinitiative »Kurve kriegen« in Aachen beginnen.

Anfängliche Skepsis auf beiden Seiten

Obwohl man von den neuen Kolleginnen und Kollegen des Kriminalkommissariats Vorbeugung und Opferschutz als »Exot Sozialarbeiter« und Vertreter der »Jugendhilfefraktion« herzlich aufgenommen und als Gewinn für die präventive Aufgabe begrüßt wurde, wurde bei der Polizei gelegentlich auch eine gewisse Skepsis deutlich. Aus den Kreisen der Sozialarbeit gab es anfangs aber ebenfalls verwunderte Nachfragen: »Wie, Du arbeitest als Sozialarbeiter jetzt bei der Polizei?« oder man wurde mit den Worten: »Ah, da kommt der neue Polizist!« begrüßt.

Es galt also sowohl in Polizeikreisen als auch in Kreisen der Jugendhilfe vom Sinn der neuen Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit zu überzeugen und

die Kooperation zu erläutern. Fragen und Unsicherheiten gegenüber dieser außergewöhnlichen Partnerschaft begegnet man bis heute immer wieder.

Hilfe durch die Polizei kommt gut an

Bei den Kontakten mit den Familien konnte man schnell feststellen, dass sie der Polizei als Anbieter von Hilfe aufgeschlossener gegenüber stehen als dem Jugendamt. Die Straftaten ihrer eigenen Kinder lösen durchweg Unbehagen und Sorgen aus. Eltern fühlen sich oft hilflos oder fragen sich, was schief gelaufen ist. Die Schuld wird oft bei den Kindern oder »den Anderen« gesehen und die Möglichkeit, sich an das Jugendamt zu wenden und um Hilfe zu bitten, wird oft nicht genutzt. Die Gründe dafür sind vielfältig, doch wird oft deutlich, dass die Eltern das Jugendamt scheinbar eher als bedrohlich ansehen. Ein Angebot der Polizei, das sich aus ihrer Sicht vorrangig an die Kinder richtet und auf den Bereich der Verhinderung von Straftaten konzentriert, wird da gerne angenommen.

Durch »Kurve kriegen« kann offensichtlich in Fällen, in denen das Jugendamt von den Familien unter Umständen sogar völlig abgelehnt wird, ein Zugang geschaffen werden, der Hilfen ermöglicht.



Auch die Eltern müssen mitarbeiten

Durch intensive Kontakte mit den Kindern und Jugendlichen und durch die eingeholten Informationen aus ihrem Umfeld

können konkrete Bedürfnisse herausgearbeitet und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Wichtiger Bestandteil für nachhaltige Veränderungen im Verhalten der Kinder und Jugendlichen sind aber natürlich auch Änderungen im Erziehungshandeln der Eltern. Aufgrund von jahrelang eingeübten Verhaltensweisen gestaltet es sich jedoch oft als zähe und Zeit benötigende Angelegenheit, bis von den Eltern akzeptiert wird, dass es ohne Veränderungen im eigenen Verhalten tatsächlich nicht gehen wird. Auf der Basis des entstandenen Vertrauens in der Zusammenarbeit bedarf es dann einer gewissen Beharrlichkeit und viel Finger-spitzengefühl, um die Eltern zu einer echten und nicht nur vordergründigen Mitarbeit und Veränderung zu begleiten. Erst wenn dies gelungen ist, können auch erforderliche intensivere pädagogische Maßnahmen, z. B. des Jugendamtes, ihre Wirkung entfalten.

Projekt kann viel erreichen

»Kurve kriegen« beschreitet neue Wege: Ausgehend von den Daten der Polizei über begangene Straftaten wird Hilfe für die Kinder und ihre Familien initiiert. Auf diesen Wegen werden aber auch Schwierigkeiten sichtbar, die im Zusammenwirken der Institutionen Polizei und Jugendamt bestehen. Hier sei exemplarisch der Datenschutz oder die gemeinsame Finanzierung von Maßnahmen genannt. Wenn die Familien, die beteiligten Institutionen und die Hilfeanbieter in der Initiative »Kurve kriegen« optimal zusammenarbeiten, kann das Projekt nachhaltig wirken und mehr erreichen als die manchmal nur kurzfristige Verhinderung weiterer Straftaten einiger benachteiligter Kinder.

/// Christine Wergen, Andreas Malecha, skf Alsdorf e. V.

Das Projekt »Kurve kriegen« aus Sicht des Jugendamtes Eschweiler



Unterzeichnung der ersten Kooperationsvereinbarung im Juni 2011: (v.l.) Ferdi Gatzweiler (BM Stolberg), Marcel Philipp (OB Aachen), Polizeipräsident Klaus Oelze, Alfred Sonders (BM Alsdorf), Rudi Bertram (BM Eschweiler)

Die Polizei wolle Sozialarbeiter beschäftigen, es würden Jugendhilfemaßnahmen bezuschusst und man wolle gezielt strafunmündige Kinder und Jugendliche betreuen – die ersten Informationen über das Projekt »Kurve kriegen« klangen für die beteiligten Projektjugendämter in der StädteRegion Aachen verblüffend und machten neugierig. Was würde sich aus diesen Ankündigungen entwickeln? Wie sollten die Zugänge gestaltet werden? Und wie würden Themen wie Datenschutz, Strafverfolgungszwang oder Steuerungsverantwortung der Jugendhilfe berücksichtigt und umgesetzt werden?

Viele Fragen standen daher im Vordergrund der ersten Treffen im Frühjahr 2011, in denen es vor allem darum ging, die unterschiedlichen Systeme und Aufträge abzugleichen und Lösungen zu finden. Von Beginn an war aber klar, dass die Polizei mit den Jugendämtern auf Augenhöhe diskutierte – im Mittelpunkt stand die gemeinsame Zielsetzung. Deutlich wurde allerdings auch schnell, dass das Vergaberecht und das Verwaltungsverfahren im Rahmen »Hilfen zur Erziehung« gem. §§ 27 ff. SGB VIII und seinen Nebenbestimmungen (z. B. die Kostenheranziehung der Eltern) nicht immer problemlos umgesetzt werden konnten. So wurden auch die ersten Erwartungen der Jugendhilfe einer Co-Finanzierung von teilstationären und stationären Jugendhilfemaßnahmen nur ansatzweise erfüllt.

Konstruktive Zusammenarbeit

Im Bereich des Jugendamtsbezirkes Eschweiler werden insgesamt fünf Jugendliche über das Projekt »Kurve kriegen« betreut und begleitet. Die Zusammenarbeit mit dem Team »Kurve kriegen« beim Polizeipräsidium Aachen und insbesondere mit der Pädagogischen Fachkraft des skf Alsdorfs ist von gegenseitiger Wertschätzung und konstruktiver Zusammenarbeit geprägt. Die zusätzliche und spezielle Kompetenz der Polizei sowie die flexiblen alternativen Handlungsmöglichkeiten über die »Baukastenmodule« werden als bereichernd und zielführend wahrgenommen. Das originäre Ziel des Projektes, der kriminellen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen entgegenzuwirken, wurde zudem erreicht; Straftaten treten nur noch vereinzelt auf.

Entscheidend wird es aber natürlich sein, wie das Projekt langfristig wirkt: Wie kann es gelingen, diesen speziellen Jugendlichen Perspektiven und alternative Handlungsstrategien zu vermitteln? Wie

werden sie später außerhalb dieses klar strukturierten und engmaschigen Rahmens agieren?

An diesem Punkt greifen nur ganzheitliche und langfristige Strategien in Zusammenarbeit mehrerer Hilfesysteme. Dass Polizei in diesem Rahmen von allen Beteiligten auch als tatsächliche Hilfe gesehen wird, ist vielleicht eines der größten Erfolge des Projektes. */// Stefan Pietsch, Leiter der Abteilung »Soziale Dienste des Jugendamtes und Wirtschaftliche Jugendhilfe« beim Jugendamt Eschweiler*



Unterzeichnung der zweiten Kooperationsvereinbarung im April 2013: (v.l.) Karl-Heinz Hermanns (BM Simmerath), Arno Nelles (BM Würselen), Christoph von den Driesch (BM Herzogenrath), Margarete Ritter (BM in Monschau), Städteregionsrat Helmut Etschenberg (M.) sowie Dr. Willi Linkens (BM Baesweiler, r.), Polizeipräsident Klaus Oelze (2. v.r.) und Martin Bornträger (sitzend r.) Projektleiter beim MIK NRW (Es fehlt Manfred Eis, BM Gemeinde Roetgen)

Vierter 24-Stunden-Blitz-Marathon in NRW

Ein Gesamtkonzept, das wirkt

Anfang Juni 2013 fand der vierte »24-Stunden-Blitz-Marathon« auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen statt. Mit ihm wurde die »Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung« fortgeführt, das ist das Gesamtkonzept zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in NRW. Nach insgesamt vier Blitz-Marathons lässt sich eine positive Bilanz ziehen.

Der »24-Stunden-Blitz-Marathon« ist ein wesentlicher Baustein der Gesamtstrategie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Das Einsatzkonzept bildet einen übergeordneten landesweiten Rahmen, weckt in der Öffentlichkeit ein breites Bewusstsein für die hohen Opferzahlen und führt zu einer intensiven Diskussion über die Gefahren zu schnellen Fahrens. Das Ziel ist, dass sich möglichst alle an die Verkehrsregeln halten – vor allem an die Geschwindigkeitsbegrenzungen. Polizei und Kommunen kontrollieren dazu überall dort, wo gerast wird, um die Zahl der Verkehrstoten weiter zu reduzieren. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Transparenz und Veröffentlichung sowie mehr Kontrollen positive Verhaltensänderungen bewirken. Das Einsatzkonzept des »24-Stunden-Blitz-Marathons« setzt daher bewusst auch auf die mediale Verstärkung der Maßnahmen.

»Weniger und langsamer zu schnell« unterwegs

An normalen Kontrolltagen fahren bis zu acht Prozent der Autofahrer zu schnell. Beim ersten »24-Stunden-Blitz-Marathon« waren es rund vier Prozent, bei den beiden folgenden drei Prozent und beim vierten »24-Stunden-Blitz-Marathon« wieder vier Prozent. Dieser Effekt ist auch bei den vergleichbaren Einsätzen in den anderen Ländern in gleichem Umfang eingetreten. Der weit überwiegende Teil der Verkehrsteilnehmer hat sich also verantwortungsbewusst verhalten und ist langsamer gefahren.

Einige Kreispolizeibehörden berichten, dass sie inzwischen die Kontrolldauer erhöhen müssen, um die bei Kontrollen sonst übliche Zahl an Verstößen zu registrieren. Die reduzierte Beanstandungsquote geht einher mit geringeren Höhen der Verstöße, es wird also »weniger und langsamer zu schnell« gefahren. Dafür spricht auch der deutliche Rückgang bei der Zahl der Verkehrstoten, die der Ursache Geschwindigkeit zuzuschreiben sind.



Foto: Julia Fischer

DER VIERTE »24-STUNDEN-BLITZ-MARATHON« IN ZAHLEN:

672.105 Fahrzeuge wurden kontrolliert. Dabei wurden folgende Verstöße festgestellt:

- > 28.061 Geschwindigkeitsverstöße
 - > 350 Gurtverstöße
 - > 7 Alkoholverstöße
 - > 19 Fahrten unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln
 - > 70 Verstöße gegenüber Radfahrern
 - > 1.295 Verstöße von Radfahrern
 - > 1.972 sogenannte »sonstige Verstöße«
- Sechs Führerscheine wurden sichergestellt oder beschlagnahmt und 334 Fahrverbote erteilt.**

Erste Erfolge sind in Zahlen messbar

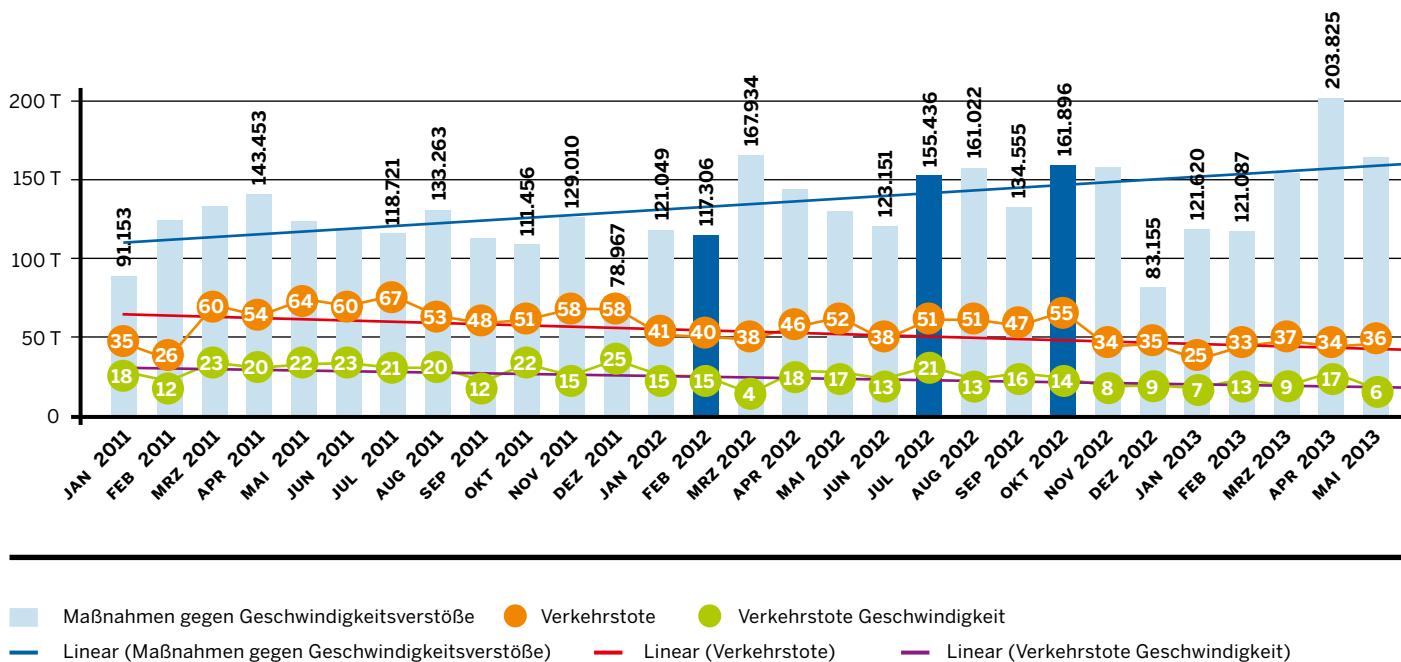
Die bisher zur Evaluierung des Einsatzkonzeptes erhobenen Daten geben erste Hinweise auf eine nachhaltige Wirkung: Bei den täglichen Geschwindigkeitskontrollen werden bei gleichbleibender Kontrolldauer weniger Verstöße und geringere Überschreitungen festgestellt:

- > So hat sich z. B. in Dortmund die durchschnittliche Höhe der Geschwindigkeitsüberschreitung von November 2011 bis November 2012 von 14,6 km/h auf 9,8 km/h verringert.
- > Der Anteil der Verwarnungsgelder (geringere Geschwindigkeitsüberschreitung) stieg landesweit um 22 Prozent und der Anteil der Bußgelder (höhere Geschwindigkeitsüberschreitungen) sank um 1 Prozent.
- > Der Rückgang der Unfallursache »Geschwindigkeit« bei der Zahl der Getöteten um 32 Prozent in 2012 und die Entwicklung in den ersten fünf Monaten des Jahres 2013 (minus 25 Prozent) sind weitere wichtige Indizien.

Eine solche Entwicklung ist nicht allein mit vier Einsätzen zu erreichen. Welchen Anteil die »24-Stunden-Blitz-Marathons« an diesen Ergebnissen haben, kann nicht exakt zugeordnet werden. Denn eine monokausale Betrachtung verbietet sich vor dem Hintergrund der vielfältigen Einflussfaktoren auf das Verkehrsunfallgeschehen. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist jedoch, dass Polizei und Kommunen entsprechend der »Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung« (s. Kasten) 365 Tage im Jahr rund um die Uhr verstärkt die Geschwindigkeit kontrollieren, damit weniger Menschen im Straßenverkehr sterben. Die öffentliche Diskussion um die landesweiten Einsätze hat sehr vielen Menschen die Gefahren zu schnellen Fahrens bewusst gemacht und damit entsprechend der wissenschaftlichen Aussagen nachhaltig einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit geleistet. >

Verkehrstote und polizeiliche Maßnahmen gegen Geschwindigkeitsverstöße in NRW

Januar 2011 bis Mai 2013



ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DER ZAHL DER POLIZEIKONTROLLEN UND DER ZAHL DER VERKEHRSTOTEN

Aus diesen Daten wird Folgendes deutlich:

Die Zahl der polizeilichen Maßnahmen zur Überwachung der Geschwindigkeit steigt seit 2011 und insbesondere seit Januar 2012 deutlich an. So hat die Polizei im Jahr 2011 ca. 1,4 Mio. Maßnahmen bei Geschwindigkeitskontrollen getroffen. Im Jahr 2012 waren es bereits fast 1,7 Mio. Maßnahmen.

Ein Vergleich dieser Maßnahmen zeigt einen Zusammenhang mit den sinkenden Verkehrsofferzahlen. Auffällig dabei ist,

dass die geschwindigkeitsbedingten Verkehrsofferzahlen nach den jeweiligen »24-Stunden-Blitz-Marathons« deutlich zurückgingen, danach zwar wieder leicht anstiegen, aber nicht mehr das Niveau vor dem jeweiligen Einsatz erreichten.

Die Anzahl der Getöteten sinkt seit Januar 2012 kontinuierlich: Dies gilt für die Entwicklung bei den Verkehrstoten in 2012 insgesamt, wie für die durch die Hauptunfallursache Geschwindigkeit getöteten Verkehrsteilnehmer. Dieser Rückgang fällt

prozentual stärker aus als im Bundesdurchschnitt (2012 NRW: minus 17 Prozent, Bund: minus 10 Prozent), im Jahr zuvor lag der Anstieg noch über dem Bundesdurchschnitt (2011 NRW: plus 15 Prozent, Bund: plus 10 Prozent). Die positive Entwicklung hat sich auch in den ersten fünf Monaten 2013 fortgesetzt. Bis Ende Mai wurde mit 167 Getöteten gegenüber 217 ein Rückgang um 23 Prozent erreicht. Um die erforderliche Nachhaltigkeit zu gewährleisten, werden daher auch künftig landesweite Einsätze durchgeführt.



»Blitz-Marathons« national und international

Das in Nordrhein-Westfalen entwickelte Einsatzkonzept der »24-Stunden-Blitz-Marathons« hat sich zwischenzeitlich zu einem national und international anerkannten Instrument zur wirkungsvollen und nachhaltigen Verbesserung der Verkehrssicherheit im Themenfeld »Geschwindigkeit« entwickelt. In Deutschland wurden solche Einsätze bereits in Niedersachsen, Berlin und Brandenburg durchgeführt. Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) hat für Oktober 2013 die Durchführung eines bundesweiten »24-Stunden-Blitz-Marathons« beschlossen, an dem sich alle Länder beteiligen werden.

Auch das »Traffic Information System Police« (TISPOL) empfiehlt seinen europäischen Partnern, dieses Konzept national zu adaptieren und umzusetzen. TISPOL ist ein mit Mitteln der EU-Kommission gefördertes Netzwerk europäischer Verkehrspolizeien, in dem neben den 28 EU-Mitgliedstaaten auch Norwegen und die Schweiz vertreten sind. Die wesentliche Zielrichtung von TISPOL ist die Erhöhung der Verkehrssicherheit auf europäischer Ebene. Neben den europäischen Staaten Niederlande, Irland, Portugal, Finnland und Luxemburg hat auch Australien dieses Instrument übernommen. Weitere Staaten befinden sich in der Vorbereitung der Umsetzung. ///

Simone Wroblewski

Keine Mehrarbeit für Kreispolizeibehörden (KPB)

Die Unfallursache »Geschwindigkeit« und insbesondere die daraus resultierenden schweren Unfallfolgen sind Problemstellungen in allen KPB und bilden sich entsprechend in deren Sicherheitsprogrammen ab. Der »24-Stunden-Blitz-Marathon« ist daher keine Zusatzaufgabe für die Behörden. Im Gegenteil: Er dient dazu, die örtlichen Problemstellungen in den Kreispolizeibehörden effektiver bewältigen zu können. Der Einsatz erfolgt im Rahmen einer mit den KPB im Vorfeld umfassend abgestimmten fachlichen Konzeption. Dadurch werden die örtlichen Maßnahmen der KPB insbesondere zur Senkung des Geschwindigkeitsniveaus wirkungsvoll unterstützt. Darüber hinaus bietet er den KPB die Möglichkeit, flexibel auf besondere Problemstellungen einzugehen. So haben sich z. B. beim vierten »24-Stunden-Blitz-Marathon« 26 KPB zusätzlich der Zielgruppe Radfahrer angenommen. Diese landesweiten Einsätze werden so geplant, dass sie innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit wahrgenommen werden können.

DIE »FACHSTRATEGIE VERKEHRSunFALLBEKÄMPFUNG«

Diese Strategie wird seit November 2011 durch die Polizei und die zuständigen Kommunen konsequent umgesetzt und umfasst folgende Elemente:

- > **mehr Bürgernähe**
15.000 Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern zu möglichen Kontrollstellen machen deutlich, welche Bedeutung diese der Verkehrssicherheit beimessen; 1.000 dieser Messstellen sind nun fester Bestandteil der täglichen Arbeit von Polizei und Kommunen. Die Bürgerinnen und Bürger werden damit aktiv in die Verkehrssicherheitsarbeit einbezogen.
- > **mehr Prävention**
Geschwindigkeitskontrollen werden offen und verdeckt durchgeführt. Die Polizei setzt dazu auch blau-silberne Funkstreifenwagen ein, um mit diesen offen die Geschwindigkeit zu kontrollieren.
- > **mehr Transparenz**
Der überwiegende Teil der Messstellen wird veröffentlicht. Damit informieren Polizei und Kommunen die Bürger aktiv über ihre Maßnahmen und sorgen zugleich für eine größere Wirkung.
- > **mehr Kontrollen**
Geschwindigkeitskontrollen erfolgen mit und ohne Anhalten, damit bleibt es bei dem bewährten Prinzip des verkehrsdidaktischen Gesprächs. Zugleich wird die Kontrolldichte deutlich erhöht.
- > **mehr Flexibilität**
Kontrollen gibt es überall, wo gerast wird. Die Bindung an Unfallbrennpunkte oder schutzwürdige Zonen entfällt; auf Wünsche und Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern kann damit deutlich flexibler reagiert werden als bisher.
- > **mehr Kooperation und Koordination**
Polizei und Kommunen stimmen ihre Maßnahmen auf der Grundlage der örtlichen Unfallsituation noch besser aufeinander ab.

»...Diese offene Präsenz von Kontrollen
durch Bilder in den Medien
setzt sich im Bewusstsein vieler fest
und bleibt länger präsent. [...] Wichtig sind in diesem Fall Wiederholung
und ein Maß an Originalität.
In diesem Zusammenhang finde ich die große
Präsenz der Aktion ziemlich gut.
So etwas habe ich noch nicht gesehen.«
Prof. Dr. Thomas Schläpfer,
Universitätsklinikum Bonn, stellvertretender
Direktor der Klinik für Psychiatrie
und Psychotherapie

»24-Stunden-Blitz-Marathons
sind eine deutlich nachhaltigere Maßnahme
als z. B. Plakataktionen. Geschwindigkeits-
kontrollen schaffen Öffentlichkeit für das Thema
Verkehrssicherheit. Der Blitz-Marathon wirkt,
weil er auf das Problem Geschwindigkeit
aufmerksam macht.«

Dr. Jens Schade,
Lehrstuhl für Verkehrspsychologie der
Technischen Universität Dresden

»Die Polizei macht sich weitgehende Gedan-
ken, die Verkehrssicherheit zu verbessern.
Es geht der Polizei nicht darum, einzelne
auszusortieren, sondern darum, die Anzahl
zu schnellen Fahrens und der gefahrenen
Geschwindigkeit zu reduzieren.«

Dr. Karl-Friedrich Voss,
Dipl.-Psychologe, amtlich anerkannter
Verkehrspsychologischer Berater

»Die 24-Stunden-Blitz-Aktion ist ein hervor-
ragendes Mittel, um die Gefahren des Rasens
ins öffentliche Bewusstsein zu bringen.«

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender der Gewerkschaft
der Polizei

»Der Blitz-Marathon, wie er von
Nordrhein-Westfalen konzipiert wurde,
ist ein hervorragender Weg, das
Thema »Geschwindigkeitsunfälle« gezielt
in die Öffentlichkeit zu tragen.«

Rainer Wendt,
Bundesvorsitzender der Deutschen
Polizeigewerkschaft



Geisterfahrer auf der A 1: Gefährlicher Einsatz Rahmenplan erleichtert koordiniertes Vorgehen

Foto: picture-alliance / dpa

Am 16. April 2013 gingen bei der Autobahnpolizeiwache (APW) Hilden gegen 22.00 Uhr mehrere Notrufe ein. Autofahrer meldeten einen Falschfahrer auf der A 1 in Richtung Köln – der Fahrer des Wagens war auf dem linken Fahrstreifen Richtung Dortmund unterwegs. Entgegenkommende Fahrzeuge mussten Notbremsungen durchführen oder ausweichen. Nur weil der Geisterfahrer mit geringer Geschwindigkeit fuhr, war noch kein schwerer Unfall passiert. Wegen der teilweise hohen Fahrgeschwindigkeiten auf der A 1 mit zudem kurvenreichen Abschnitten in Verbindung mit Dunkelheit bestand höchste Unfallgefahr. Dienstgruppenleiter Klaus Hülsenbeck berichtet über den Vorfall und den Einsatz des Rahmenplans zu Falschfahrten.

Ich schickte die zwei verfügbaren Funkstreifenwagen-Besatzungen in Richtung A 1 und stieg selbst in den Bulli, um die interne Koordination zu übernehmen.

Eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) unter Führung von »Düssel 10« wurde umgehend eingerichtet. Maßnahmen des »Rahmenplans zum Landesteil O der PDV 100« wurden eingeleitet. Sowohl ein Polizeihubschrauber als auch die betroffenen Kreispolizeibehörden (KPB) wurden alarmiert. Auffahrten der A 1 im betroffenen Gebiet wurden durch KPB-Kräfte gesperrt.

Erinnerungen an schwere Unfälle nach Falschfahrten mit Toten und Verletzten, die Aufnahme der permanent eintreffenden Funkmeldungen über den Standort und die besonders geforderte Aufmerksamkeit bei der Anfahrt mit Sonderrechten waren eine große Belastung. Beim Einsatz »Falschfahrt«, der im Gegensatz zu einem bereits geschehenen Unfall nicht nur Reaktion, sondern variable Aktion

erfordert, um ein schlimmes Ereignis zu verhindern, zeigt sich, dass ein Rahmenplan nicht nur ein Papier ist, sondern sachgerechtes und koordiniertes Vorgehen erleichtert. Einige der Vorgaben konnten in unserem Fall jedoch nicht umgesetzt werden. So waren eine parallele Begleitung des Falschfahrers auf der richtigen Fahrbahn und die Ansprache per Außenlautsprecher unmöglich, da im betroffenen Streckenabschnitt die Fahrbahnen nicht direkt nebeneinander liegen und höhenversetzt sind. Der Handlungsschwerpunkt lag somit beim »Einfangen« des entgegenkommenden Verkehrs und einem eventuellen Stoppen des Falschfahrers.

Geisterfahrt ohne Verletzte beendet

Nach Eintreffen eines Einsatzmittels an der Anschlussstelle Lennep kam es zum ersten Sichtkontakt mit dem entgegenkommenden Falschfahrer. Da dessen Geschwindigkeit relativ gering war, wurde ein Streifenwagen als mobiles Hindernis auf der betreffenden Fahrbahn abgestellt. Die potentielle Gefahrenstelle konnte mit Hilfe einer LED-Wechselverkehrszeichenanlage notdürftig abgesichert werden. Der dem Falschfahrer entgegenkommende Verkehr konnte durch einen weiteren Streifenwagen heruntergebremsst und angehalten werden. Das ermöglichte die gefahrlose Räumung der Fahrbahn. Nachdem der Falschfahrer vor dem aufgebauten Hindernis gestoppt hatte, machte sich Erleichterung breit – die Geisterfahrt war beendet.

Geistig verwirrt und ohne Orientierung

Neben den erforderlichen Maßnahmen wie der Feststellung der Personalien und der Sicherstellung von Führerschein und Fahrzeug war mir wichtig, die Ursachen für die >

Warnschild in Bayern soll
»Geisterfahrten« verhindern.



Schwerer Unfall auf der A4, verursacht durch einen Falschfahrer.

Geisterfahrt zu ermitteln. Wie kommt es dazu, dass ein Mensch über viele Kilometer zahlreiche Menschenleben – sein eigenes eingeschlossen – in höchstem Maße gefährdet, wenn keine Absicht vorliegt und eine Mutprobe ausgeschlossen werden kann?

Bei dem Fahrer handelte es sich um einen Mann weit jenseits der 80. Er saß etwas zitternd auf der Rückbank eines Streifenwagens. Seine erste Reaktion war: »Mein Gott, was für ein Aufwand. Wieso muss ich denn jetzt den Führerschein abgeben, ich hatte noch nie einen Unfall? Ich bin so dumm, ich hätte in der Dämmerung nicht mehr fahren sollen.« Es stellte sich heraus, dass er aus Düsseldorf kommend auf der Heimfahrt nach Wipperfürth-Buchholz war. Am

Autobahnkreuz Wuppertal Nord wollte er von der A 46 kommend auf die A 1 wechseln. Dort verlor er jedoch den Überblick und fuhr falsch auf die Autobahn auf.

Auf die Frage, ob er gewusst habe, dass er falsch fuhr, meinte er: »Ja, das habe ich irgendwie gemerkt, aber ich wusste nicht, was ich tun sollte und anhalten darf ich ja auf der Autobahn nicht.« Im weiteren Verlauf des Gesprächs sagte er, seine Frau sei derzeit im Krankenhaus nach einer schweren OP und er lebe alleine zu Hause.

Nicht zuletzt das bewog mich, den Mann gemeinsam mit einem Kollegen nach Hause zu fahren. Schon auf der Fahrt nach Buchholz bemerkten wir, wie hilflos der Senior in der Dunkelheit war, denn es dauerte eine ganze Weile, bis er den Weg fand. In seiner Wohnstraße angekommen, verwechselte er zunächst seine Haustür mit der des Nachbarn. Wir telefonierten kurz mit seiner Tochter, die uns bat, ihrem Vater den Führerschein abzunehmen – sie habe ihm schon lange geraten, diesen abzugeben.

Ich sprach noch einige Minuten mit dem älteren Herrn: Die schwere Erkrankung seiner Frau machte ihm sehr zu schaffen, ebenso wie die Aussicht auf den Verlust seines Führerscheins. Ich versuchte ihm klarzumachen, dass es angesichts des Riesenglücks, welches er heute gehabt hatte, besser für ihn und andere sei, wenn er nicht mehr mit dem Auto führe.

Klare Handlungsrichtlinien helfen bei der Bewältigung von Falschfahrten

Ob suizidaler Geisterfahrer, jugendlicher »Mutprobenfahrer«, oder – wie hier – der Mensch, der aufgrund seines Alters in Verbindung mit körperlichen oder geistigen Mängeln den Überblick verliert – die Handlungsansätze für die Polizei sollten immer dieselben sein. Lediglich die Eskalationsstufen sollten unterschieden werden. Bauliche Gegebenheiten und technische Maßnahmen, die es erschweren, falsch zu fahren, müssen stetig überprüft und verbessert werden, um die Zahl solcher Ereignisse zu verringern. Nicht zuletzt ist es der vorgegebene Handlungsrahmen in Form des »Landesteils O«, der es uns erleichtert, Falschfahrten so effektiv und so sicher wie möglich zu beenden. ///

Klaus Hülsenbeck, Autobahnpolizeiwache Hilden

Jünters neues Fahrrad Fußballmaskottchen wirbt für das Tragen von Fahrradhelmen



Fotos (2): Ralph Lueger

NRW-Innenminister Ralf Jäger beim Pressetermin im Mönchengladbacher Fußballstadion.

Erstmals unterstützt ein Fußball-Bundesligaverein die örtliche Polizei bei ihrer Verkehrssicherheitsarbeit mit Kindern. Das Fohlen Jünter, das Maskottchen des Fußballvereins Borussia Mönchengladbach, trägt vorbildlich einen Fahrradhelm und wirbt zusammen mit Verkehrssicherheitsberater Erwin Hanschmann von der Polizei Mönchengladbach für sicheres Fahrradfahren im Straßenverkehr.

An einem ganz normalen Wochentag kam es allein in Mönchengladbach zu fünf Unfällen, bei denen vier Radfahrer verletzt wurden. Und im vergangenen Jahr starben in NRW insgesamt 81 Fahrradfahrer bei Verkehrsunfällen. Das ist ein Anstieg um 17 Prozent. Viele dieser Fahrradfahrer trugen keinen Helm.

Besonders Kinder finden nach ihrem zehnten Lebensjahr, wenn sie die Grundschule hinter sich haben, das Radfahren mit Helm oft »uncool«. Verkehrssicherheitsberater Erwin Hanschmann entwickelte deshalb gemeinsam mit den Vereinsverantwortlichen von Borussia Mönchengladbach und der Direktion Verkehr die Idee, Jünter, das Maskottchen des Bundesligaklubs, als Identifikationsfigur mit zu Verkehrssicherheitsunterrichtsstunden in Schulen zu nehmen. Im Kostüm befindet sich ein Mitarbeiter des Fußballvereins, der auch bei den Spielen des Vereins im Stadion als Animator tätig ist.

Ein Fohlen beim Verkehrstraining

Zuerst konnte Jünter beim Verkehrstraining für die Kleinen jedoch nicht so richtig eingesetzt werden. Er war nur dabei, statt mitdrin. »Dann kam ich auf die Idee: Der braucht einen Fahrradhelm«, berichtet Erwin Hanschmann. »Daraufhin haben wir für den Jünter einen Fahrradhelm in den Vereinsfarben gekauft.« Damit erschien er bei den verschiedensten Anlässen auf Kinderfesten und in Schulen. »Wenn der Jünter nun so einen Helm hat«, so die Spekulation von Erwin Hanschmann, »dann sagen die Kinder: Ich möchte auch so einen Helm.«

Jünter lernte im zweiten Schritt auch Rad fahren und legte die Radfahrprüfung ab. Diese Aktionen begleitete die PR-Abteilung des Fußballvereins und widmete dem Thema breiten Raum im Kidsmagazin »Fohlenecho – Jünters Welt«.

Doch die Fahrräder der Kinder sind zu klein für das schwere Maskottchen. Denn Jünter ist samt seinem Fohlen-Kostüm 210 Zentimeter groß und wiegt 110 Kilogramm. »Dann braucht er also ein eigenes Fahrrad, dachten wir uns. Wir haben einen Fahrradhändler gefunden, der ein Fahrrad in der passenden Größe entworfen, gebaut und in den Vereinsfarben lackiert hat.« Dieses Fahrrad ist speziell auf ihn abgestimmt und besitzt für seine riesigen Hufe extra große Pedale. Das Fahrrad wird künftig in der Präventionsarbeit eingesetzt. »Jünter wird auf seinem neuen, extra großen Fahrrad die Übungen der Kinder mitmachen«, berichtet Erwin Hanschmann. »Sein Fahrrad ist auch verkehrssicher ausgestattet: mit Klingel, Licht und Reflektoren.« Wie ein verkehrssicheres Fahrrad aussieht, kann er den Grundschulkindern im Verkehrsunterricht künftig an diesem ganz besonderen Exemplar demonstrieren. »In jedem Jahr gibt es einen Aufkleber »Das verkehrssichere Fahrrad«, 2013 ist er in Orange. Den haben wir natürlich auch auf Jünters Fahrrad geklebt«, erläutert der Verkehrssicherheitsberater. Zur offiziellen Übergabe des Fahrrads an die Polizei in Mönchengladbach erschien nicht nur die Vereinsspitze, sondern auch NRW-Innenminister Ralf Jäger: »Ich finde es großartig, dass uns die Borussia dabei unterstützt, auch die schwächeren Verkehrsteilnehmer zu schützen«, erklärte er, »damit ist sie bundesweit Spitzenreiter.« Beim großen Familienfest anlässlich der Saisoneroöffnung des Vereins Ende Juli führte Jünter dann als geprüfter Radfahrer den vielen jungen und erwachsenen Besuchern seinen neuen Drahtesel vor. >



Handschlag zwischen »Jünter« und Verkehrssicherheitsberater Erwin Hanschmann.

Auch die Profis als Vorbilder integrieren

Borussia Mönchengladbach und die Verkehrssicherheitsberater der Polizei wollen auch in Zukunft mit weiteren Aktionen einer breiten Öffentlichkeit die Sicherheit im Straßenverkehr näher bringen. Die Aktionen mit Jünten sind nur als Einstieg gedacht. Konkret hat Erwin Hanschmann zwei Ideen, die er gerne umsetzen möchte: Ein- oder zweimal in der Woche machen die Fußballprofis sogenannte »Ausfahrttrainings« auf einem Mountainbike. »Ich werde Fotos bekommen, auf denen der Trainer Lucien Favre, der Torwarttrainer Uwe Kamps und einige andere Spieler auf ihrem Mountainbike mit Helm unterwegs sind«, berichtet der

Verkehrsexperte. Diese Fotos will er dann als Poster gestalten lassen, unter dem Motto: »Beim Spiel tragen sie Verantwortung, beim Fahrradfahren tragen sie Helm.«

Auch für Veranstaltungen des Präventionsprojekts »Crashkurs NRW« will er den einen oder anderen Profi gewinnen. Denn die jungen Profis fahren meist große und schnelle Autos. »Wir hatten neulich eine Crashkurs-Veranstaltung mit 300 jungen Menschen hier am Gymnasium«, überlegt Hanschmann: »Wenn da ein junger Profi hinkäme und berichten würde, wie er sich beispielsweise im Straßenverkehr verhält, hätte das eine enorme Vorbildfunktion.« ///

Walter Liedtke

In neuer Funktion



Am 12. Juli 2013 wurde Polizeidirektor Peter Schreckenberg zum Leitenden Polizeidirektor ernannt. Schon zum 1. Juli wurde er vom Polizeipräsidium in Essen zur Kreispolizeibehörde nach Borken versetzt. Dort nimmt er nun seine neue Funktion als Leiter der Abteilung Polizei wahr.



Am 6. August 2013 wurde Polizeidirektor Uwe Thieme vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen (LAFP NRW) zum Leitenden Polizeidirektor ernannt. Er übernimmt dort die Funktion des Leiters der Abteilung 1, also des Fachbereichs »Einsatz, Gefahrenabwehr«.

Sporterlass grundlegend reformiert Neue Regelungen werden allen Sportbeauftragten erläutert



Am 18. Juni 2013 trat der überarbeitete Erlass zur Förderung der körperlichen Leistungsfähigkeit von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten durch Sport in der Polizei NRW in Kraft:

Der Nachweis der körperlichen Leistungsfähigkeit ist jährlich zu erbringen und erfolgt weiterhin durch das Ablegen des Deutschen Sportabzeichens, des Europäischen Polizei Leistungsabzeichens oder des Leistungstests der Polizei NRW. Aber dabei haben sich durch den neu gefassten Erlass wichtige Änderungen bei den Anforderungen ergeben:

Erwerb des Deutschen Sportabzeichens

Der Leistungskatalog zum Erwerb des Deutschen Sportabzeichens wurde einer grundlegenden Reform unterzogen. So sind die in den Disziplingruppen aufgeführten Schwimmdisziplinen nicht zwangsläufig abzuleisten. Für die Polizei NRW ist der Nachweis der Schwimmfähigkeit aber in einer der Leistungsgruppen erforderlich.

Leistungstest der Polizei NRW

Die Anforderungen des Leistungstests der Polizei NRW wurden an den Leitfaden 290 angepasst.

Stundenvergütung

Für den jährlich zu erbringenden Leistungsnachweis erfolgt eine Zeitgutschrift von acht Stunden.

Außerdienstlicher Sport

Außerdienstlicher Sport kann unter den bekannten Voraussetzungen auch weiterhin anerkannt werden. Das Zeitkontingent von bis zu 36 Stunden jährlich wird jedoch erst gewährt, wenn der Nachweis der körperlichen Leistungsfähigkeit erbracht wurde.

Kommissaranwärterinnen und -anwärter

Sie sind grundsätzlich vom Erlass ausgenommen, ihnen wird jedoch Dienstunfallschutz für Sportangebote der Behörden gewährt.

Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) NRW plant eine Informationsveranstaltung mit den Sportbeauftragten der Polizeibehörden. Bei dieser Gelegenheit sollen ihnen die Hintergründe erläutert und offene Fragen beantwortet werden.



Foto (5): Jochen Taack



Sport im Dauerregen Landessporttag der Polizei NRW in Wuppertal

Innenminister Ralf Jäger lud Ende Mai die Führungskräfte der Polizei zum Landessporttag nach Wuppertal ein. Insgesamt 134 Sportbegeisterte aus dem höheren Dienst, Sportbeauftragte und Personalräte kamen – zu Wettkämpfen im Dauerregen. Das tat der guten Laune und den sportlichen Leistungen jedoch keinen Abbruch.

Jäger betonte in seiner Begrüßungsansprache, dass einem Polizeibeamten im Dienst sehr viel abverlangt wird. Gesundheit und Fitness komme daher eine wichtige Rolle zu. Angehörige des höheren Dienstes müssten hierbei Vorbilder sein. Die Wuppertaler Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher verwies auf die optimalen Sportanlagen der Behörde. Der Erhalt solcher Rahmenbedingungen sei im Rahmen des Gesundheitsmanagements wichtig und verdeutliche dessen Stellenwert.

3.000-Meter-Lauf trotz Aquaplaning

Den Worten folgte eindrucksvoll die Tat: Trotz strömendem Regen und starkem Aquaplaning auf dem Sportplatz Buschland liefen Ralf Jäger und zahlreiche Gäste die 3.000 Meter. Auch die weiteren Disziplinen wie Bogenschießen, Aquajogging,

Badminton, Krafttraining, Leichtathletik, Mountainbiking, Nordic Walking, Rückenschule oder Thai Chi wurden von den Teilnehmern rege in Anspruch genommen. Informationsangebote – z. B. Messungen der Körperzusammensetzung in Bezug auf einzelne Werte wie Körperzellmasse, Wasser und Fett sowie Informationsstände des Stadtsportbundes, des Polizeisportvereins und die Vorführung von Eingriffstechniken rundeten den Sporttag ab.

Mit dabei war Andre Weiß, der Leiter Kriminalinspektion (KI) 2 in der Kreispolizeibehörde (KPB) Steinfurt. Er schrieb danach an Birgitta Radermacher: »Wir haben eine mit viel Engagement organisierte Veranstaltung erleben dürfen. Dabei zeichneten sich neben den Einweisungskräften und dem Verpflegungsbereich insbesondere die Kolleginnen und Kollegen an den einzelnen Sportstätten aus, die trotz des schlechten Wetters ausgesprochen freundlich und zuvorkommend mit Rat und Tat zur Seite standen. Ein Höhepunkt für uns war sicherlich der 3.000-Meter-Lauf im strömenden Regen, wir sind auf die Fotos gespannt. Herzlichen Dank für eine tolle Veranstaltung.«

Als Dankeschön kann beim Polizeipräsidium Wuppertal, Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, eine Fotodokumentation auf DVD bestellt werden. /// **Klaus Theisen, PP Wuppertal**

Durchwachsene Bilanz Ergebnisse aktueller Polizeisportturniere

Auch im zweiten Quartal 2013 nahmen viele Polizistinnen und Polizisten aus NRW an sportlichen Wettkämpfen teil. Im Volleyball und im Frauenfußball fanden die bundesweiten Polizeititelkämpfe statt. Landesmeisterschaften gab es im Tischtennis und in der Leichtathletik. Beim Deutschen Polizeicup im Schwimmen und Retten konnte man sich schließlich für die Europäische Polizeimeisterschaft 2013 qualifizieren.



Robin Schembera ist Deutscher Meister

Kommissaranwärter Robin Schembera hat bei den Deutschen Leichtathletikmeisterschaften in Ulm den Titel über 800 Meter gewonnen und ist damit Deutscher Meister auf der Mittelstrecke. In einem in der ersten Hälfte in Weltrekord-Tempo angegangenen 800 m-Lauf, das in der zweiten Stadionrunde aber nicht gehalten werden konnte, hatte der 24jährige schließlich das größte Stehvermögen und konnte sich nach 1:47,05 min über den Deutschen Meistertitel 2013 freuen.



Deutsche Polizeimeisterschaften im Volleyball

Mitte April wurden in Selm-Bork die diesjährigen deutschen Polizeimeisterschaften im Volleyball ausgetragen. In den Partien traten jeweils die sechs besten Ländermannschaften der Damen und Herren gegeneinander an. Nordrhein-Westfalen war mit einer Damen- und einer Herrenmannschaft vertreten. Sowohl die Volleyballerinnen als auch die Volleyballer verloren ihre Auftaktspiele unglücklich, sodass eine Beteiligung der NRW-Teams in den Finalspielen bereits zu Beginn der Veranstaltung in weite Ferne rückte. Nach je einer weiteren Niederlage der NRW-Teams belegten die Volleyballerinnen schließlich Platz 5, während die Volleyballer sich mit Platz 6 zufrieden geben mussten. Die Leistung der beiden NRW-Teams sollte man allerdings nicht schmälern, da an diesem Turnier nur die sechs besten Teams aus Deutschland teilnehmen durften. Bei den Damen gewannen die Spielerinnen aus Niedersachsen Spiel um Spiel und wurden mit dem Titel belohnt. Bei den Männern gewann das Team aus Hessen. ///

Susanne Aye, LAFP NRW



Deutsche Polizeimeisterschaft im Fußball der Frauen

Die fünfte Deutsche Polizeimeisterschaft im Fußball der Frauen fand Mitte Juni 2013 in Baunatal (Hessen) statt. Die teilnehmenden Teams qualifizierten sich in den Vorrunden für die Teilnahme an der Endrunde. Nur jeweils die Gruppensieger kamen dabei weiter. Das Land Nordrhein-Westfalen spielte in der Vorrundengruppe 2 gegen Niedersachsen und Bremen. Der NRW-Frauen-Kader blieb in beiden Spielen trotz spielerischer Überlegenheit leider torlos, sodass der Einzug in die Endrunde der Deutschen Polizeimeisterschaft ausbleiben musste. Gruppensieger in der Gruppe 2 wurde Niedersachsen mit dem Sieg gegen die Auswahl aus Bremen.

Polizeilandesmeisterschaften im Tischtennis

Mit Unterstützung des PSV Oberhausen und des Polizeipräsidiums (PP) Oberhausen fanden die diesjährigen 7. Polizeilandesmeisterschaften (PLM) im Tischtennis Ende April in Oberhausen statt. Unter 115 Teilnehmern wurden in den Konkurrenzen Damen, Herren, »Senioren 40« und »Senioren 50« sowohl die Sieger im Einzel als auch im Doppel ermittelt. Es waren zahlreiche hervorragende Spiele zu beobachten. Nach spannenden Partien, viel geflossenem Schweiß sowie einigen glücklichen Netzrollern standen die Siegerinnen und Sieger am Ende des Tages fest.

Den Ehrenpreis des Ministers für die sportlich beste Leistung erhielt Polizeioberkommissar (POK) Siegmар Niehoff, der als ältester Teilnehmer mit 48 Jahren in der Herrenkonkurrenz – Offene Klasse – den 2. Platz im Herren-Einzel und den 2. Platz im Herren-Doppel belegte.

Folgende Einzelpersonen und Teams belegten erste Plätze:

- > Damen (Einzel): Sabine Böhnke, Polizeipräsidium (PP) Bielefeld
- > Damen (Doppel): Duo Sue Boekholt/Sabine Böhnke, PP Kleve/PP Bielefeld
- > Herren (Einzel): Lars Breitbach, PP Köln
- > Herren (Doppel): Duo Manfred Müller/Kevin Nurkowski, PP Duisburg
- > Senioren 40 (Einzel): Christoph Jürgens, PP Hagen
- > Senioren 40 (Doppel): Dirk Verstegen/Jörg Freiherr, PP Hamm
- > Senioren 50 (Einzel): Ulrich Kayser, PP Hagen
- > Senioren 50 (Doppel): Ronald Lenhard/Udo Walther, PP Wuppertal/PP Köln. ///

Manfred Müller, Fachwart Tischtennis



Polizeilandesmeisterschaften in der Leichtathletik

Die Polizeilandesmeisterschaften in der Leichtathletik fanden Anfang Juni 2013 im Jahnstadion in Kamen statt. Sie wurden von Michael Makiolla, dem Landrat des Kreises Unna, und Hermann Hupe, dem Bürgermeister von Kamen, eröffnet.

Bei den Frauen in der offenen Klasse erzielten jeweils einen ersten Platz:

- > Sarah Schunck, PP Hamm, Kugelstoßen mit 11,24 Metern und Diskuswurf mit 30,54 Metern
 - > Vanessa Braun, PP Dortmund, Speerwurf mit 40,41 Metern
 - > Annika Michaelis, PP Hagen, 100 m Zeitlauf in 13,08 Sekunden und 200 m Zeitlauf in 26,70 Sekunden
 - > Julia Cremer, PP Aachen, 800 m Zeitlauf in 2:23,41 Minuten
 - > Rike Westermann, PP Köln, 5.000 m in 19:06,26 Minuten.
- Platz 1 und damit Gold bei den Männern in der offenen Klasse ging jeweils an
- > Sebastian Notthoff, PP Recklinghausen, Kugelstoßen mit 11,78 Metern
 - > Heino Kaup, LR Rheinisch-Bergischer Kreis, Diskuswurf mit 38,89 Metern

- > Thomas Stoltefuß, LR Unna, Speerwurf mit 45,21 Metern
 - > Jan Quade, PP Hagen, 100 m Zeitlauf in 10,96 Sekunden und 200 m Zeitlauf in 22,39 Sekunden
 - > Marcel Bischoff, PP Köln, 800 m Zeitlauf in 2:02,34 Minuten
 - > Sven Daub, LR Siegen-Wittgenstein, 5.000 m in 15:53,81 Minuten
 - > Florian Sürth, PP Köln, Hochsprung mit 1,70 Metern
 - > Nikolai Leven, PP Duisburg, Weitsprung mit 6,05 Metern.
- In der Masters-Klasse der Männer (Jahrgang 1973 und älter) ging Frank Apfelbaum vom PP Bonn bei den 5.000 Metern mit 17:02,49 Minuten als Erster in die Ziellinie.

Den Ehrenpreis des Ministers für die beste sportliche Leistung überreichte der Vorsitzende des Polizeisportkuratoriums NRW, Polizeidirektor Burkhard Kowitz, an Jan Quade vom PP Hagen. ///

Andrea Schaub, PSK NRW



Deutscher Polizeicup im Schwimmen und Retten

Der Deutsche Polizeicup (DPC) im Schwimmen und Retten fand im Juni 2013 im Schwimmzentrum Rüttenscheid in Essen statt. Er ist ein bundesweiter Vergleich der Altersklassen und wurde vom Dachverband der Polzeisportvereine Deutschlands veranstaltet. Ausrichter waren das PP Essen in Zusammenarbeit mit dem Polzeisportverein (PSV) Essen. An dem Cup nahmen insgesamt 109 Schwimmerinnen und Schwimmer der Polzeien der Länder und des Bundes teil. Das Bundesland Sachsen-Anhalt konnte aufgrund der personellen Engpässe im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe leider keine Teilnehmer entsenden.

Für Nordrhein-Westfalen konnten viele Erfolge verzeichnet werden. In den Einzelwettbewerben erzielten die Schwimmerinnen und Schwimmer insgesamt 18 Goldmedaillen, 13 Silber- und 10 Bronzemedaillen. In den Staffelwettbewerben waren es 5-mal Gold, 4-mal Silber und 2-mal Bronze.

Der Deutsche Polizeicup in Essen war gleichzeitig der Qualifikationswettkampf für die 14. Europäische Polizeimeisterschaft (EPM) im Schwimmen und Retten, die im September in Dnepropetrowsk (Ukraine) ausgetragen wird. Hans-Dieter Husfeldt (PP

Köln), der Fachwart im DPSK für Schwimmen und Retten, konnte sich von der Leistung der Teilnehmer überzeugen und eine Auswahl für den Nationalkader treffen. Aus NRW wird er dem Deutschen Polzeisportkuratorium folgende Teilnehmende für die EPM vorschlagen:

- > Mandy Blum (PP Dortmund): 50 m Freistil in 00:28,23 Sekunden,
- > Thomas Rueter (PP Essen): 50 m Freistil in 00:23,26 Sekunden, 50 m Rücken in 00:27,42 Sekunden
- > Christoph Fildebrandt (PP Köln): 50 m Freistil in 00:23,48 Sekunden.



Ein sehr gelungener »Tag mit uns« Das Familienfest der NRW-Polizei

Am 13. Juli stand Dortmund im Zeichen der alle drei Jahre stattfindenden Landespolizeischau. Unter dem Motto »Ein Tag mit uns – Action-Infos-Spaß« gelang es der Polizei, die Bürgerinnen und Bürger sowohl zu informieren als auch zu unterhalten.



Den ganzen Tag über gab es in der Dortmunder Innenstadt und im Stadthafen Informationen und Vorführungen der Schutz- und Kriminalpolizei sowie von Spezialeinheiten. Aus ganz Nordrhein-Westfalen waren Polizeidienststellen vertreten, um in Dortmund Einblicke in die klassische Polizeiarbeit zu geben und modernste Technik vorzustellen. Insgesamt besuchten rund 100.000 Menschen die Landespolizeischau.

Spektakuläre Aktionen und viele Gespräche

Sie konnten mit dem Landeskriminalamt auf Spurensuche gehen, die Landesreiterstaffel in Aktion sehen und Diensthundewelpen bestaunen, Spezialeinsatzkommandos und Hubschraubervorführungen live sehen, kriminalwissenschaftliche Analysen zum Anfassen erleben (beispielsweise ihre Fingerabdrücke abgeben und sichern lassen) oder Einsatztechniken der Polizeihundertschaften kennenlernen. Eine Fahrzeugschau führte Zivil- und Beweissicherungsfahrzeuge aus NRW sowie Streifenwagen aus Belgien und den Niederlanden vor. Es gab auch spektakuläre Höhepunkte, so etwa eine Geiselnahmeübung des SEK im Stadthafen. Und gegen 17 Uhr landeten, wetterbedingt ein wenig früher als geplant, vier Fallschirmspringer punktgenau in einem abgesperrten Bereich auf dem Hansaplatz. Für interessierte Zuhörer gab es auch Vorträge über Kriminalprävention und andere polizeispezifische Fachthemen.

Die Begeisterung übertrug sich auf die Besucher

Dieses aufwändige Programm war kein purer Aktionismus, sondern diente dem Zweck, die Polizei ins intensive Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen. Für beide Seiten ist dieser Dialog wichtig: Die Besucher des Festes erlebten leistungsstarke und bürgernahe Polizeikräfte. Aber auch die zahlreichen Polizistinnen und Polizisten, die an diesem Tag im Einsatz waren, konnten viel positives Feedback entgegennehmen. Das dokumentierte sich auch in den Rückmeldungen auf der Facebook-Seite der Polizei Dortmund. Dort schrieb Melina Knitt: »Vielen Dank für die vielen verschiedenen Angebote und an alle Beamten/innen, die für lange Gespräche immer zur Verfügung standen! Es war ein sehr schöner und interessanter Tag! Lob an die Polizei!« Auch David Hundt betonte, dass neben aller Action und den Giveaways für ihn auch die Gespräche mit der Polizei wichtig waren: »Wir sind gerade zu Hause angekommen und unsere Füße >



Fotos (2): Julia Fischer



Foto: Jochen Tack

tun weh. Die große mitgebrachte Tasche ist voller Geschenke. Viele Eindrücke bekommen, Fragen beantwortet und tolle Mitmachaktionen.«

Zufriedene Bilanz eines ereignisreichen Tages

Landesinnenminister Ralf Jäger kommentierte das Auftreten der Sicherheitskräfte in Dortmund positiv: »Die NRW-Polizei präsentiert sich als leistungsfähiger Partner

der Bürgerinnen und Bürger.« Auch der Dortmunder Polizeipräsident Norbert Weseler zeigte sich mit dem Verlauf des Tages sehr zufrieden: »Ich habe heute in viele begeisterte Gesichter von Groß und Klein gesehen. Wir konnten uns und unsere Arbeit hautnah präsentieren und viele Fragen von interessierten Besuchern rund um das Thema Polizei beantworten.« Auch die großen und kleinen Besucher waren zufrieden. Steffi Smolka schrieb auf Facebook: »Eine sehr gelungene Veranstaltung, es hat Spaß gemacht. Unsere persönlichen Highlights: Vortrag kriminalistisches Denken, United Ruhr Pipes and Drums und die amerikanischen Fahrzeuge!« Und Michaela Ullrich ergänzte: »War ein toller Tag und die Kinder waren begeistert. Danke, darf gerne wiederholt werden.«

Im Jahr 2016 wird der nächste Landespolizeitag in NRW stattfinden – dabei ist jedoch noch offen, welche Polizeibehörde die Ausrichtung der Veranstaltung übernehmen wird. ///

Walter Liedtke



Fotos (4): Julia Fischer



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen

Ein Tag mit uns!

13.7.2013 Dortmund



Foto: Jochen Tack





Foto: Fotolia

Angaben zu Bankverbindungen ändern sich SEPA – der Euro-Zahlungsverkehr wird vereinheitlicht

In wenigen Monaten wird der gesamte europäische Zahlungsverkehr auf ein einheitliches Verfahren, die Single Euro Payments Area – kurz SEPA – umgestellt. Damit das Verfahren in den 28 EU-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, Norwegen, Monaco und der Schweiz genutzt werden kann, sind umfangreiche Vorarbeiten notwendig.

Diese Vorarbeiten haben auch Auswirkungen auf die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen. So werden die bisher verwendeten Bankleitzahlen und Kontonummern ab Februar 2014 durch die IBAN (International Bank Account Number oder internationale Bankkontonummer) ersetzt. Die in Deutschland 22 Stellen lange IBAN wird jeweils aus einem Länderkennzeichen, einer Prüfziffer, der Bankleitzahl und der Kontonummer gebildet.

Im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr wird bis Ende Januar 2016 noch ergänzend der BIC (Business Identifier Code, im übertragenen Sinn die Bankleitzahl) angegeben.

Alle IT-Verfahren mit Kontodaten betroffen

Um den Zahlungsverkehr der Polizei zu gewährleisten, müssen alle IT-Verfahren angepasst werden, in denen Kontodaten auftauchen. Davon sind nicht nur IT-Verfahren betroffen, sondern alle Formulare und Vorlagen mit Kontoverbindungsdaten. Insbesondere beim Lastschriftverkehr stellt die SEPA-Umstellung eine Herausforderung dar. Hier muss gewährleistet sein, dass auch nach dem 1. Februar 2014 alle Zahlungen erfolgen oder Lastschriften eingezogen werden können. Bei jeder SEPA-Lastschrift sind daher künftig die Gläubigeridentifikationsnummer (Gläubiger-ID), die Mandatsreferenznummer sowie die Transaktionsreferenznummer (Kundenreferenznummer, Verwendungszweck) zu ermitteln und anzugeben. Diese erforderlichen Neuerungen müssen zeitgerecht geplant, getestet und durchgeführt werden. Während das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) zentrale Verfahren und Dokumente vorbereitet, werden dezentrale Verfahren und Dokumente jeweils durch die einzelnen Behörden SEPA-fähig gemacht. In der Abteilung 1 (IT-Anwendungen) des LZPD laufen bereits Anpassungsarbeiten an zentralen Verfahren wie zum Beispiel MACH C/S (Finanzsoftware) oder HKR (Programm für Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen). ///

Ingo Büning, LZPD

Julia Topar, Pressesprecherin beim Bundesverband Deutscher Banken, zur SEPA-Umstellung:



Foto: Bankenverband

Julia Topar vom Bundesverband Deutscher Banken

»Für Privatpersonen
ändert sich gar nicht so viel.«

Streife: Frau Topar, was ändert sich für Privatpersonen, wenn ab dem 01.02.2014 die SEPA-Umstellung verbindlich wird?

Julia Topar: Für Privatpersonen ändert sich gar nicht so viel. Spätestens ab diesem Tag muss man für Überweisungen die IBAN (International Bank Account Number oder internationale Bankkontonummer) und den BIC (Business Identifier Code) nutzen, die man auf der jeweiligen Rechnung findet. Bei Lastschriften und Einzugsermächtigungen muss man die eigene IBAN- und BIC-Kennungen angeben – diese findet man bereits jetzt auf seinen Kontoauszügen oder im Online-Banking-Bereich seiner Bank unter den Kontodetails. Lastschriften heißen dann zukünftig »SEPA-Lastschriftmandat«.

Streife: Was ist denn bei bestehenden Einzugsermächtigungen oder Lastschriften zu beachten?

Topar: Nichts. Die Daten für bestehende Aufträge werden von der Bank automatisch angepasst – sie laufen ganz normal weiter. Man muss sich hier um nichts kümmern.

Streife: Kann es durch die Umstellung bei meinen Transaktionen zu Problemen kommen?

Topar: Nein. Im Gegenteil. Durch die Nutzung der IBAN sind Fehlüberweisungen – beispielsweise durch einen Zahlendreher – nicht mehr möglich. Das wird durch die zweistellige Prüfzahl gewährleistet, die für jede IBAN individuell erstellt wird. Die Überweisung wird nicht ausgeführt, wenn die IBAN nicht vollkommen korrekt angegeben wird.

Streife: Kann ich IBAN und BIC denn auch schon vor dem Stichtag nutzen?

Topar: Man sollte sich so früh wie möglich an die neuen SEPA-Daten gewöhnen. Auf manchen Überweisungsträgern sind auch jetzt schon nur noch IBAN- und BIC-Angaben zu finden – genauso wie in Online-Banking-Formularen. Das ist von der jeweiligen Bank abhängig. Man sollte seine persönlichen Kontodaten also bereits jetzt schon kennen und wenn möglich auch schon nutzen. ///

Das Interview führte Simone Wroblewski

Mehr als ein Präventionsprojekt Projekt »180° Wende« gewinnt Bundeswettbewerb

Das von Polizeihauptkommissar Mathias Ferring aus Köln-Weiden betreute Projekt »180° Wende«, eine Initiative vorwiegend junger Muslime, die gemeinsam mit der Polizei Köln ein Netzwerk von Vorbildern und Multiplikatoren schaffen, erreichte bei einem bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerb der beim Bundesministerium angesiedelten »Initiative Sicherheitspartnerschaft« den ersten Platz.



BESTANDTEILE UND DOZENTEN DER TRAININGS FÜR MULTIPLIKATOREN

- > Drogen-/Suchtprävention: Heiko Henke, Kommissariat Kriminalprävention und Opferschutz (KK PO), Polizeipräsidium Köln
- > Antiaggressions- und Coolness-trainings: »Die Waage Köln« Verein zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs e. V.
- > Demokratietrainings: Hans-Peter Kilguss, Leiter NS Dokumentationszentrum, Köln
- > Gewaltprävention und Zivilcourage: Wolfgang Hudziak, Kommissariat Kriminalprävention und Opferschutz (KK PO), Polizeipräsidium Köln
- > Alles was »Recht« ist: Kansihka Wiar, Michael Klein, Leitender Jugendrichter a. D.

Bundesinnenminister Dr. Hans Peter Friedrich zeichnete bereits im vergangenen Herbst die Sieger des Projektwettbewerbs »Partner – schafft – Sicherheit« im Rahmen einer Prämierungsfeier aus. Der Preis war mit 20.000 € dotiert. Im Januar 2013 wurde das Engagement der Jugendlichen im Kölner Polizeipräsidium den Akteuren der Sozialen Arbeit, Netzwerkpartnern und interessierten Polizeibeamten vorgestellt. Im April 2013 hat Hans Peter Friedrich die Jugendlichen dann im Polizeipräsidium besucht und sich nach dem Stand der Projektumsetzung erkundigt. Diese Gelegenheit wurde auch genutzt, um das Präventionsprojekt der Presse vorzustellen.

Demos nach dem Tod eines 17-Jährigen

Das außergewöhnliche Jugendengagement begann im Jahr 2008 nach dem gewaltsamen Tod eines 17-jährigen Marokkaners durch einen Messerstich in Köln-Kalk. Der heute 26-jährige Mimoun Berrissoun war bei den Demonstrationen auf der Kalker Hauptstraße dabei. Nach dem Tod seines jungen Landsmanns versammelten sich damals Abend für Abend 400 bis 600 wütende junge Migranten. Denn der Täter, ein 25-jähriger Deutsch-Russe, war bereits einen Tag nach seiner Festnahme wieder entlassen worden. Die Auswertung der Aktenlage sprach für eine Notwehrsituation: Denn der 17-Jährige war nicht nur Opfer, sondern auch Täter und hatte zuvor versucht, den 25-Jährigen zu berauben. Auch der Tote war im Besitz eines Messers.

Aus Protest wird Engagement

Staatlicher Rassismus war der Vorwurf gegen die Polizei, gegen die Justiz, gegen den Staat. Das Gefühl, ausgegrenzt zu werden und chancenlos zu sein, wurde mehr als deutlich artikuliert. Ein Flächenbrand schien 2008 nach diesem Ereignis möglich. Deshalb wurden in vielen Arbeitskreisen Angebote für Jugendliche mit

Migrationshintergrund im Stadtteil Kalk besprochen und einige Verbesserungen erzielt.

Anfang 2012 konnte Mimoun Berrissoun, Student der Sozialwissenschaft, und einige seiner Freunde (die Psychologiestudentin Ümran Seven, die Gesundheitsökonomin Avista Assadi, der angehende Jurist Kanishka Wiar und der Betriebswirtschaftler Walid Ben Fradj) sowohl Manfred Kahl, den Bezirksjugendpfleger aus Köln-Kalk, und die Polizei überzeugen, ihr ehrenamtliches Engagement auszubauen, ein Konzept zu formulieren und Trainings für die Multiplikatoren durchzuführen (s. Kasten). Die in der Jugendarbeit, insbesondere in den Moscheen und Vereinen tätigen Jugendlichen werden dadurch befähigt, ihre Aufgaben besser zu bewältigen. Sie wollen Jugendlichen helfen, die weder durch Einzelfallhelfer noch durch Sozialarbeiter mit Migrationsgeschichte erreicht werden. Die engagierten Jugendlichen verstehen sich als »großer Bruder« bzw. »große Schwester« und wollen andere Jugendliche aus dem Teufelskreis von Gewalt und Drogen retten. Unter dem Namen »180° Wende« wurde auch ein Verein gegründet. Sein Konzept nennt sich »1 Stadt – 10 Coaches – 100 Multiplikatoren« (www.projekt180gradwende.de).

Gegen Extremismus und Radikalisierung

Die Multiplikatoren vermitteln ihnen eine Grundhaltung des respektvollen Miteinanders, richten sich gegen Extremismus und Radikalisierung und setzen sich für ein soziales Miteinander und eine funktionierende Integration über Sprach- und Bildungskompetenz ein. Sie führen Anti-Gewalt-Trainings und Anti-Rassismus-Trainings sowie Trainings zu Zivilcourage und Streitschlichtung sowie Drogenpräventionskurse durch. Sie kommunizieren auch über soziale Netzwerke, SMS und E-Mails und organisierten zum Beispiel nach den Auseinandersetzungen

zwischen Salafisten und der rechtsextremen Pro NRW-Partei in Bonn einen Friedensmarsch.

In einer Sitzung des Kölner Netzwerks Gewaltprävention wurde inzwischen dafür geworben, dass jede Polizeiinspektion einen interessierten Ansprechpartner für die Zusammenarbeit mit den Multiplikatoren in den Stadtteilen benennt. Geplant ist

auch eine Informationsveranstaltung für interessierte Kolleginnen und Kollegen.

Bildungsmissionare für Köln

Manfred Kahl von der Stadt Köln spricht von »Bildungsmissionaren«, die glaubwürdig und auf Augenhöhe ihre Landsleute erreichen und mit ihnen über eine Wende in ihrem Leben sprechen.

»Bildungsmissionare« auch deshalb, weil der Input an Trainings für die Multiplikatoren (coole Typen, die andere erreichen sollen) sich sehen lassen kann und die Multiplikatoren befähigt, selbstbewusst Hilfen anzubieten. In allen Polizeiwachen in Köln sind mittlerweile Ansprechpartner für das Projekt benannt. /// **Lutz Martschinke, PP Köln/Redaktion Streife**

Polizeiiorchester trifft Klezmer Ein außergewöhnlicher Konzernachmittag in Düsseldorf



Liedern ihrer Großmutter aufgewachsen. Und ihre Verbundenheit zu der Musik ist es wohl auch, was sie und die Akkordeonspieler Oskar Gut und Bassist Pjor Polutniak, von vielen eher folkloristisch auftretenden Klezmer-Formationen unterscheidet: Die drei sind authentisch, spielen die alten Klänge aus der Seele und gewannen auch in Düsseldorf die Herzen ihres Publikums – und auch die der Kollegen aus der Polizei, die am Ende mit dem Trio gemeinsam auf der Bühne stand.

Der gemeinsame Auftritt des Trios mit der Jazz-Pop-Rockband des Landespolizeiiorchesters war eine Premiere, aber die Gäste aus Polen werden nicht zum letzten Mal in Düsseldorf gewesen sein – darin waren sich Musiker, Veranstalter und das Publikum einig. Um neue Termine zu erfahren, lohnt es sich, einfach mal in den Terminkalender der Düsseldorfer Polizei zu schauen. /// **sg**

Es war eine außergewöhnliche Konstellation: Der Verein, der ihre Geschichte im Dritten Reich aufarbeitet, die Jüdische Gemeinde und die Polizei veranstalteten gemeinsam ein Konzert. Prompt geriet denn auch der Titel etwas sperrig: »Jüdische Einflüsse auf die Weltmusik« – so war das Konzert an einem heißen Sonntagnachmittag überschrieben.

Doch Hans Steinmeier und seine Kollegen der Jazz-Pop-Rockband des Landespolizeiiorchesters bewiesen äußerst schwungvoll die Verwandtschaft vieler musikalischer Stile mit der 3.000 Jahre alten jüdischen Musik. Die

überraschenden Arrangements weltbekannter jüdischer Lieder – wie das Sabbat-Lied Hevenu Shalom Alechem (Wir bringen Frieden für alle) im Salsa-Sound – machten nicht nur dem Publikum, sondern auch den Musikern sichtlich Spaß.

Auch die klassischen Melodien, mit denen die Streicherinnen von »Les Sirenes« aufwarteten, haben Wurzeln in den Klängen, die schließlich das Quartett Klezmer Trio spielten. Die drei Musiker aus Krakau (»Quartett« bezieht sich auf die Zahl der Instrumente) hat Klaus Dönecke, Vorsitzender des Vereins »Geschichte am Jürgensplatz«, bei einer Studienreise nach Polen entdeckt und schon zum zweiten Mal nach Düsseldorf geholt. Magda Brudzinska, die so wunderschön Bratsche spielt wie sie singt, ist mit den jiddischen



Tanz küsst Fantasie

Die Modern Dance Company »Momix«



Foto: Max Pucciariello

Die Show »Momix Botanica – Tanz küsst Fantasie« zeigt raffinierte, surrealistische Bilder, für die die Formen der Natur Pate gestanden haben. Das neueste Meisterwerk des Tanz-Illusionisten Moses Pendleton und seiner Modern Dance Company »Momix« folgt der Evolution der Natur, dem Fluss der Jahreszeiten und dem Ablauf eines Tages: Blumen blühen, tragen Samen und vergehen; Pflanzen, Lebewesen und Dinge finden zusammen und verwandeln sich. Die New York Times schrieb über die Show, sie bewege sich »im Spannungsfeld von Illusion und Realität, Verstand und Erregung: Wie bei einer Halloween-Verkleidung weiß man, dass hinter jeder Maske ein Mensch steckt. Der Spaß ist, herauszufinden, wie der Effekt erzeugt wird.«

Bereits seit über 30 Jahren wird die von dem erfolgreichen Tanz-Illusionisten Moses Pendleton gegründete und geführte Modern Dance Company MOMIX für ihre Choreografien voll außergewöhnlichem Einfallsreichtum und körperlicher Schönheit gefeiert. Zahlreiche Bühnen-Performances verzaubern seit Gründung der Tanzkompanie 1981 die Zuschauer auf der ganzen Welt.

»Momix« entführt Sie mittels ungewöhnlicher Requisiten, farbenfroher Kostüme, einzigartigem Humor – und natürlich dem menschlichen Körper – in eine faszinierende Welt fantastischer Bilder.

»Momix Botanica« ist vom 15. bis 26. Januar 2014 im Capitol Theater, Erkrather Str. 30, 40233 Düsseldorf, zu sehen. Alle Streife-Leser erhalten bei Nennung der Kunden-PIN 121498 eine Ermäßigung von 10 Prozent. Tickets gibt es unter 0211 / 73 44 120, weitere Informationen unter www.momix-show.de.

Die Streife verlost 2 x 2 Freikarten für »Momix Botanica«. Um daran teilzunehmen, müssen Sie das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 1. Oktober 2013 einsenden an: Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Redaktion Streife, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf, E-Mail: streife@mik.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

leise sprechen	höckerloses Kamel	Montur, Dienstkleidung	▼	Zurücksetzen eines PCs	Geldschrank, Safe	niederländ.: eins	Abk.: Rechnung	ohne Verpackung
→	↻ ₂	▼			▼	▼	▼	▼
kurz für: an das	→			betriebsam, agil	→	↻ ₆		
gegen Bezahlung leihen, benutzen	→						Hoheitsgebiet	
→				ein Duftstoff		Abk.: Stück	→	↻ ₅
Fruchtflüchtigkeit	heftiges Alleinbesitzstreben		italienisch: sehr	→				
Fehlermeldung des PC (engl.)	→					Zeichen für Tantal		Abk.: Leitzahl
kurz für: in dem	→		Glas des Fensters		Geländevertiefung	→		▼
nicht hart		kostbarer Besitz	→					
→					versuchen; überprüfen			
enthaltene Lebensweise		Kopfbedeckung	→	↻ ₃				
→		Spielkartenfarbe	▼					
Kanton der Schweiz	→				kurz für: in das			
Computermesse in Hannover (Kurzwe.)	→			↻ ₁	▼			
Riese	→					↻ ₄		
Abk.: Teilzahlung	→		Zeichen für Zinn (Stannum)	→		↻ ₄		

sl0916.1-1

Auflösung des letzten Rätsels

T	L	K
I	N	S
E	N	E
F	O	T
G	B	L
B	P	A
G	E	N
N	I	F
W	E	S
G	M	O
B	S	I
M	A	L
N	L	J
J	A	L
C	O	L
L	K	O
R	O	H
E	T	U
G	R	A
E	I	L
N	A	S

(1-5) Jakob

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Susanne Aye (LAFP NRW),
Katerina Breuer, Ingo Büning (LZPD),
Klaus Hülsenbeck (APW Hilden),
Stefanie Gallhausen (sg), Andreas Lezgus (MIK),
Walter Liedtke,
Andreas Malecha (SKF Alsdorf),
Lutz Martschinke (PP Köln),
Manfred Müller (Fachwart Tischtennis),
Stefan Pietsch (Jugendamt Eschweiler),
Andrea Schaub (PSK NRW),
Christoph Tappe (LAFP NRW),
Klaus Theisen (PP Wuppertal),
Christine Wergen (SKF Alsdorf),
Simone Wroblewski

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf

Druck

kuper-druck gmbh, Eschweiler
Papier: Condat matt Perigord,
FSC-zertifiziert



Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen